

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SW 16  
Wusterauener Str. 15 (Redakteur E. Dittmer)  
Sprechst. Amt Moritzplatz 3103/06

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.  
mit wöchentl. Beilage, Die Sanitätsmarke 6 Mk.

## Die Akademie der Arbeit und die Gewerkschaften.



In der Januartagung des Gewerkschaftsaus-  
schusses (das sind die gesamten Vorstandsver-  
treter der freien Gewerkschaften) wurde einstim-  
mig beschlossen, sich an der Akademie der  
Arbeit zu beteiligen, gemäß den Vorschlä-  
gen der Studentenkommision, die an den Ver-  
handlungen in Frankfurt a. M. wiederholt  
teilgenommen hatte. Damit beginnt in bezug  
auf die Fortbildung von Funktionären ein

Es steht freilich gegenwärtig beinahe so aus, als solle all  
das mühselig und in harter Arbeit Errungene aufs Spiel  
gesetzt werden, denn ohne gewerkschaftliche Einheit keine wirk-  
schaftlichen Erfolge mehr! Immerhin möchten wir die Hoff-  
nung nicht aufgeben, daß wir bereits das Schlimmste in dieser  
Beziehung überstanden haben.

Seit der Friedenszeit (Juli 1914) hat sich nun die Mit-  
gliederzahl der freien Gewerkschaften vervierfacht (in unserer  
Organisation sogar sechsfacht), während die Bildungsein-

neuer Abschnitt in der Gewerkschafts-  
geschichte, und es lohnt sich wohl,  
einen Augenblick dabei zu verweilen.

Schon an der Wiege der freien  
deutschen Gewerkschaften spielte die  
Frage der Durchbildung der neu-  
gewonnenen Mitglieder eine große  
Rolle. Zwei Wege wurden als die  
elementarsten Vorbedingungen er-  
kannt. Einmal eine regelmäßig er-  
scheinende Fachpresse als Ver-  
bandsorgan, das jedem Mitglied un-  
entgeltlich zu liefern ist, zum andern  
systematische Schulung der Mitglieder  
durch Vortragskurse, die be-  
sonders in den größeren Städten ein-  
gerichtet wurden.

Wir wollen in diesem Zusam-  
menhang nicht untersuchen, wie weit  
die Gewerkschaftspresse in allen Zei-  
ten ihren Aufgaben voll gerecht wer-  
den konnte. Allzuoft ist sie wohl infolge der unendlich mannig-  
faltigen sonstigen Aufgaben etwas stiefmütterlich behandelt  
worden. Ähnlich lag es auch mit den Vorträgen und Kursen.  
Nur einzelne Gewerkschaften versuchten andauernd und plan-  
mäßig die Schulung aller Mitglieder zu erreichen. Trotzdem  
wird man bei richtiger Einschätzung all der Hemmnisse und  
Schwierigkeiten zugestehen müssen, daß hier eine unge-  
heure Kulturarbeit geleistet worden ist.

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Dresden 1911 (wie auch  
schon früher) wurde dann in eingehender Aussprache zur  
Fortbildungsfrage der Gewerkschaftler Stellung genommen.  
Vorher waren von der Generalkommission Kurse für Gewerkschafts-  
funktionäre und Arbeitersekretäre eingerichtet, deren  
Teilnehmer dann wieder in Einzel- und Zyklenvorträgen das  
Gewonnene den Mitgliedern unterbreiten sollten. Dies ist  
denn auch bis Ausbruch des Krieges ausgiebig geschehen und  
wenn uns auch nicht alle Früchte reifen, so dürfen wir doch  
mit Fug und Recht behaupten, daß nur durch den alten  
Stamm der durchgebildeten Gewerkschaftsmitglieder die  
Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung trotz aller  
politischen Wirrnisse erhalten werden konnte.

### Es ist ein Wachsen....

Es ist ein Wachsen groß und tief,  
Ein Wachsen in der Zeiten Schoß,  
Und ob's auch hundert Jahre schief,  
Es reißt ans Licht und drängt sich los,  
Immer gewaltiger, Stoß auf Stoß...  
Und ob man's folterte und schlug,  
Und ob man's hemmt mit Schwert und Trug,  
Es tritt ins Leben, stark und groß...  
In allen Fugen fracht die Welt,  
Das Volk der Arbeit schafft sich Raum,  
Und siegt, und ringt...  
Die alte Ordnung stürzt und fällt,  
Und Langersehntes bleibt kein Traum.  
Wer weiß, was uns das Morgen bringt!  
Eddy Großmann-Zieman, Chicago.

richtungen sich fast ausschließlich auf  
dem besonderen Gebiet für  
Betriebsräte beschränkten. Hier  
ist zunächst auf örtlicher Basis viel  
und vielerlei geleistet worden, wobei  
in bezug auf Lehrer und Lehrstoff  
freilich nicht immer eine glückliche  
Hand obwaltete.

Auf dem allgemein-gewerkschaft-  
lichen, wirtschaftlichen und sozialen  
Gebiet hingegen geschah so gut wie  
nichts mehr.

Die Parteischule hat nach  
Meinung vieler Sachkenner auch nicht  
das gebracht, was erwartet wurde.  
Sie ist infolge der verschiedenen  
„Richtungen“ im Sozialismus auch  
nach dem Kriege nicht wieder aufge-  
griffen worden.

Für die Betriebsräte sind  
dann in Münster i. Westf. sowie  
in einzelnen Orten Sachsens besondere Hochschulkurse ge-  
schaffen, die in zwei- bis dreimonatlicher Dauer eine festere  
Unterlage schaffen sollten.

Eine offenkundige Lücke blieb also bestehen, indem es fast  
niemandem außer den „Akademikern“ möglich war, sich in den  
wirtschaftlichen und sozialen Prozeß soweit einzuarbeiten, daß  
man bei Verhandlungen mit wirtschaftlichen Gegnern (Unter-  
nehmern, Stadtverwaltungs-Vertretern usw.) in Form und  
Inhalt all das ins Vordertreffen führen konnte, was zur  
völligen Erkenntnis der Situation erforderlich ist.

Nun waren seit längerer Zeit Bestrebungen im Gange,  
die Frankfurter Universität finanziell zu „sanieren“,  
und da man sich bei dieser Gelegenheit auch an den preußischen  
Finanzminister Lüdemann (Soz.) wandte, so forderte  
dieser die Angliederung einer Akademie der Arbeit als Vor-  
bedingung einer etwaigen finanziellen Hilfe. Diese Forderung  
aber ging parallel mit den Bestrebungen Prof. Sinzheimer  
m e r s (Soz.) in Frankfurt a. M., der mit einer Anzahl Pro-  
fessoren und „Laien“ (darunter auch den Vorsitzenden der  
Dachdecker Th. Thomas) gleichfalls für eine solche Akademie  
der Arbeit eintrat.

Wie immer in solchen Fällen ist von der theoretischen Durchführbarkeit bis zur praktischen Anwendbarkeit ein weiter Schritt. Und so türmten sich bei dem näheren Eingehen auf Einzelheiten die Schwierigkeiten so gewaltig an, daß es fast schien, als solle das Projekt nun doch noch zu Falle kommen.

In dieser Situation war entscheidend die Haltung des Gewerkschaftsausschusses, der unter Dismanns Führung zunächst für neue Verhandlungen der Studentenkommision eintrat auf der Basis eines vier- bis sechsmonatlichen Unterrichts mit eventuellen Nachkursen für Weltanschauungsfragen und gewerkschaftlicher Praxis, die den Gewerkschaften selbst überlassen bleiben sollten.

Aber die neuen Verhandlungen in Frankfurt a. M. in Gegenwart der Minister Haentisch und Lüdemann ergaben, daß die preußische Regierung wie auch die Professoren eine ein- bis zweijährige Ausbildungszeit für unbedingt notwendig erachteten. Nach langwierigen Verhandlungen wurde auch dieser schwerste Differenzpunkt überwunden und ein „Kompromiß“, wonach die Ausbildungszeit mindestens zwei Semester (von je vier Monaten) dauern soll, dazwischen sind vier Wochen Ferien. — Es kam der nachfolgende Vertrag zustande, aus dem die Leser gleich das Gerippe der neuen Akademie der Arbeit erkennen können:

Der Preussische Staat (Unterrichtsverwaltung), vertreten durch den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und die nachbenannten Verbände. 1. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, 2. Allgemeiner freigewerkschaftlicher Angestelltenbund, 3. Deutscher Gewerkschaftsbund, 4. Gewerkschaftsleitung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, 5. Deutscher Beamtenbund schließen folgenden Vertrag. Die Preussische Unterrichtsverwaltung plant in Frankfurt a. M. Einrichtungen für eine hochschulmäßige Ausbildung nicht akademisch vorgebildeter Personen aus den Kreisen namentlich der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Wahrnehmung ihrer Tätigkeit in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung. Eine Ausbildung für Zwecke der höheren Staatsverwaltung ist nicht beabsichtigt. Fachbildung und parteipolitische Schulung werden dabei ausgeschlossen sein. Die vertragsschließenden Verbände haben ihre Mitwirkung an diesen Einrichtungen grundsätzlich in Aussicht genommen. Dabei sind die Vertragsschließenden darin einig, daß die geplante Veranstaltung eine systematische Hochschulbildung übermitteln und nach Inhalt und Methode von kurzfristigen Kursen zur Schulung von Betriebsräten und Arbeiterführern grundsätzlich verschieden sein soll. Die vertragsschließenden Parteien beabsichtigen nicht, die unterrichtlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Veranstaltung schon jetzt für die Dauer zu bestimmen. Vielmehr beschränken sie sich heute auf eine Regelung für 1 Jahr und erklären hierzu ihre Uebereinstimmung in folgenden Punkten.

§ 1. Vom 1. April ab wird die Unterrichtsverwaltung zunächst für 1 Semester zu je 4 Monaten Hochschulinunterricht für die vorsehend genannten Interessenten einrichten. Zwischen den beiden Semestern sind 4 Wochen Ferien in Aussicht genommen. Zugelassen werden Hörer beiderlei Geschlechts. Vorausgesetzt wird, daß die Teilnehmer das zum erfolgreichen Besuch der Veranstaltung ausreichende Alter und die notwendige Reife des Geistes und Charakters besitzen und eine bestimmte Berufsbildung und längere Berufstätigkeit nachweisen. Die vertragsschließenden Verbände werden die von ihnen entsandten Hörer nach eigenem Ermessen auswählen.

Die Unterrichtsverwaltung kann geeignete, von anderer Seite, insbesondere von wirtschaftlichen oder kommunalen Verbänden und Unternehmungen vorgeschlagene Personen unter den gleichen Bedingungen zulassen. Im zweiten Semester bleibt eine angemessene Erhöhung der Teilnehmerzahl vorbehalten, wenn die unterrichtlichen Erfahrungen des ersten Semesters das rechtfertigen. Die präsentierenden Unternehmungen und Verbände tragen die gesamten Unterhaltskosten der von ihnen ausgewählten Teilnehmer und zahlen für jeden Teilnehmer am Beginn jedes Semesters 300 M. Hörgeld zur Abgeltung aller unterrichtlichen Aufwendungen. Sie stehen dafür ein, daß die von ihnen übernommene Zahl von Teilnehmern bei dem etwa notwendigen Ausscheiden von Hörern erhalten bleibt.

§ 2. Der Unterricht wird hauptsächlich Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, daneben naturwissenschaftliche Lehren sowie Grundlagen einer philosophischen Bildung behandeln. Er wird hochschulmäßig mit besonderer Betonung der Gemeinsamkeit von Arbeit und Umgang gestaltet werden. Den Lehrplan wird der Akademieleiter (§ 3) unter der Mitwirkung der sachverständigen Organe der Unterrichtsverwaltung und nach Benehmen mit dem Hörausschuß (§ 3) ausarbeiten. Für das erste Semester wird ein vorläufiger Lehrplan von dem Akademieleiter im Einvernehmen mit der Unterrichtsverwaltung und dem in § 4 genannten Ausschuss aufgestellt werden.

Die Oberleitung wird ein Akademieleiter führen. Er wird von der Unterrichtsverwaltung bestellt werden und in allen Fragen des Unterrichts ausschließlich ihr verantwortlich sein. Auch die übrigen hauptamtlichen Lehrer werden auf Vorschlag des Akademieleiters von der Unterrichtsverwaltung berufen werden. Bei der Auswahl des Leiters, der hauptamtlichen und der im folgenden Absatz genannten Lehrer wird die Unter-

richtsverwaltung nicht gegen den ausgeschprochenen Willen der Vertragsschließenden verfahren. Bei der Behandlung grundsätzlich wichtiger wirtschaftlicher Fragen werden den Weltanschauungen der Hörer nachstehende Dozenten beteiligt werden. Die Hörer wählen nach den Grundfragen des Unterrichts je 1 Semester 6 Teilnehmer in einen Hörausschuß, der die Wünsche der Hörer in Angelegenheiten des Unterrichts bei dem Akademieleiter und durch dessen Vermittlung bei der Unterrichtsverwaltung geltend gemacht wird. Nach Benehmen mit ihm werden die zur Ausgestaltung des Unterrichts erforderlichen nebenamtlichen Beauftragten aus den Reihen der Universitätslehrer und geeigneter sonstiger Persönlichkeiten (Praktiker) vom Akademieleiter der Unterrichtsverwaltung zur Verurteilung vorgeschlagen. Für das erste Semester werden sie von der Unterrichtsverwaltung im Benehmen mit den zu 4 genannten Ausschuss ausgewählt werden. Die Regelung der Anstellungsbedingungen bei den hauptamtlichen und nebenamtlichen Beauftragten ist Sache der Unterrichtsverwaltung.

§ 4. Zur Unterstützung des Akademieleiters in der äußeren Verwaltung wird ein Ausschuss von 6 Mitgliedern gebildet.

Die Vertragsschließenden sind über die folgenden 6 Herren einig 1. den Honorarprofessor Dr. Deffauer, 2. den Dr. Einsteil, 3. den Professor Dr. Vape, 4. den Gewerkschaftsbeamten Thomas, 5. den Professor Dr. Stein, 6. den Professor Dr. Tiso, sämtlich in Frankfurt. Kompetenzstreitigkeiten entscheidet die Unterrichtsverwaltung. Die Verantwortung für die äußere, namentlich die finanzielle Verwaltung, trägt gegenüber dem Staat der Akademieleiter.

§ 5. Die Unterrichtsverwaltung wird dafür sorgen, daß — aus preussischen oder Reichsmitteln — sämtliche Kosten der Veranstaltung mit Ausnahme der Unterhaltskosten und der Hörgeldgebühr der Teilnehmer gedeckt und daß von der Universität die Unterrichtsräume mit Heizung, Beleuchtung und Reinigung sowie ihre Lehrmittel und Verwaltungseinrichtungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Soweit preussische Staatsmittel in Frage kommen, bleibt die verfassungsmäßige Zustimmung des Landtags vorbehalten. Neben den Veranstaltungen der Akademie steht den Hörern die Teilnahme an den Vorlesungen und Übungen der Universität zu; sie haben ohne weiteres die Rechte und Pflichten der Besucher im Sinne der Universitätsstatuten.

§ 6. Die Unterrichtsverwaltung übernimmt es, die Einrichtungen und Veranstaltungen des Instituts für Gemeinwohl, des Bundes für Volksbildung, des Sozialen Museums, des Instituts für Gewerbelehre und der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung, sämtlich in Frankfurt, für die Ausbildung der Teilnehmer soweit als möglich nutzbar zu machen.

Wir möchten nur noch hinzufügen, daß unser Vorstand einmütig dem Prinzip einer solchen Akademie der Arbeit zugestimmt hat. Gewiß bedeutet es für die einzelne Gewerkschaft ein schweres finanzielles Opfer, wenn sie Schüler nach Frankfurt a. M. schickt. Aber diese Opfer sind notwendig und müssen gebracht werden. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß der Metallarbeiterverband aus jedem seiner 17 Bezirke einen „Studenten“ für die neue Akademie schicken will. Auch die Christlichen und Hirsch-Dunkersehen haben sich für die Beteiligung entschieden. So darf man hoffen, daß die Akademie aus dem Stadium der Ermägungen und Vorberatungen am 1. April 1921 ins Leben tritt und es ist an uns, ihr ein herzlich es Glück auf zuzurufen.

Die Arbeiterschaft war lange genug in bezug auf Schule und wissenschaftliche Fortbildung auf die relativ sehr dürftige Selbsthilfe angewiesen. Jetzt, da uns der gewaltige Apparat einer großen Universität zur Verfügung steht, dürfen wir hoffen, weitere Hemmnisse leichter zu überwinden, die unserem Aufstieg im Wege standen. Immer größer sind die Anforderungen an alle Gewerkschaftsfunktionäre nicht nur an Nerven usw., sondern auch an Wissen und Können. Die Arbeiterakademie wird, wenn dabei die Ehrfurcht vor der Arbeit in den Vordergrund des Studiums gerückt wird, segensreich einwirken können und für viele eine tiefere Grundlage soliden Wissens bilden, mit dem sich in der gewerkschaftlichen Praxis dann weiter arbeiten läßt.

Treulich, wer nicht ganz mit dem Herzen bei der Arbeiterfrage ist, dem werden die wirtschaftlichen und sozialen Belehrungen niemals das geben können, worauf es in den freien Gewerkschaften unter allen Umständen ankommt: den Opfer willen und das unbedingte Bekenntnis zur Arbeiterfrage, auch dann, wenn in den Irrungen und Wirrungen dieser Zeit der zielflare Wille der Arbeitermassen nicht immer unzweideutig erkennbar ist.

Auf den Geist, den wir mitbringen, kommt viel an im gewerkschaftlichen Kampf, aber auch auf unsere Kenntnisse und unser Wissen. Letzteres soll die Akademie der Arbeit uns bringen. Darum begründen wir sie als den Anfang eines neuen Zeitabschnitts für die Gewerkschaften. E. D.

Gewerkschaften

## Was ist und was will unsere Verbandsstatistik?

Auf die Frage: Was ist unsere Verbandsstatistik? lautet die kurze Antwort: Das Gewissen unseres Verbandes! Was für unser Verbandsleben Geltung hat, besigt gleiche Bedeutung für jedes andere menschliche Gemeinwesen. Unter dem Fremdwort Statistik ist zu verstehen: die Erforschung und Bearbeitung der auf Zahlungen beruhenden Erfahrungen über das Leben der Gesellschaft, über alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Reich, Staat, Provinzen, Kreisen und Gemeinden. Auf zahlenmäßige und vor allem gewissenhafte Erforschung ist die Betonung zu legen. Wird die Statistik so verstanden und bearbeitet, dann ist die oben gegebene Antwort zutreffend nicht nur für unser Verbandsleben, sondern, in weiterem Sinne verstanden, das Gewissen der menschlichen Gesellschaft. Unter voller Würdigung dieses Umstandes haben die großen Lehrmeister des Sozialismus der modernen Arbeiterbewegung die Pflege sorgfältiger und regelmäßiger statistischer Zahlungen gelehrt.

Im wirtschaftlichen Kampf, den gerade die Gewerkschaften mit einem übermächtigen Gegner zu führen gezwungen sind, wäre es pflichtvergeßene Gewissenlosigkeit, genaue zahlenmäßige Feststellungen der gegenseitigen Kampforganisationen zu unterlassen.

Damit berühren wir bereits die zweite Frage: Was will unsere Verbandsstatistik? Sie will uns ein Rüstzeug, Wegweiser und Kampfmittel sein, ein durch die gewerkschaftliche Erfahrungswissenschaft erprobtes Kampfmittel. Die Statistik liefert den zahlenmäßigen Nachweis für unsere taktischen Maßnahmen bei unseren Kämpfen, ganz gleich nach welcher Richtung solche geführt werden müssen. Die Statistik liefert uns aber auch den zahlenmäßigen Nachweis für vorhandene Mängel und Schwächen des Inneren wie äußeren Organisationskörpers. Wie der Baumeister zahlenmäßig Menge oder Stärke der verschiedenen Baumaterialien für ein Bauwerk feststellt, so auch verfährt der Verbandsfunktionär mit gewonnenen statistischen Zahlen in der Organisations- und Agitationsarbeit. Danach stellt er die Pläne fest, nach denen erfolgreich agitiert und organisiert werden muß, nach denen Lohnbewegungen zu führen sind, gegebenenfalls gestreift werden kann. Wie der Baumeister die in Zahlen ausgedrückten statischen Gesetze kennen muß, soll das Bauwerk nicht nur dauernden Bestand haben, sondern auch harmonischen Formenausdruck gewinnen, so auch muß der Organisator die statischen Organisationsgesetze kennen, soll der Organisationsbau festes Gefüge bekommen, dauernden, festen Bestand behalten und ein harmonisches Zusammenwirken aller Verbandsmitglieder auslösen. Diese Kenntnis, ja diese Kunst schöpft der Organisator aus den nüchternen, trockenen Zahlen der Statistik.

Am gleichen Maße wie dem Organisator dient die Statistik dem Agitator. Das gesprochene Wort und die Argumente haben durch unwiderlegbare Zahlen gestützt, noch höhere Wirkung. Der Zuhörer vermag sich den zahlenmäßigen Tatsachen nicht zu entziehen; er wird überzeugt — wird Anhänger. Zahlenmäßiges Tatsachenmaterial ist in allen Fällen, auch den gewagtesten demagogischen Redekünsten überlegen. Der Agitator, der zahlenmäßiges Tatsachenmaterial in geschickter Weise zu verwenden weiß, wird meistens überlegen erfolgreich sein.

Welcher Kollege, der an Verhandlungen über Lohnforderung oder Arbeitszeitverkürzung und dergleichen teilzunehmen hatte, konnte auf statistisches Zahlenmaterial verzichten? Am Verhandlungstisch werden die statistischen Zahlengrößen über Löhne und Unterhaltskosten wie die Schachfiguren hin- und hergeschoben. Und unseren Betriebsräten wird die Lösung ihrer großen Aufgaben ohne eingehende Kenntnis der Verbands- und volkswirtschaftlichen Statistiken unmöglich sein.

Die Erwähnung solcher Selbstverständlichkeiten sollte eigentlich überflüssig sein. Der aufmerksame Leser der „Gewerkschaft“ kann mit Fug und Recht sagen, daß die Darlegungen eine Wiederholung von so oft Gesagtem seien. Das ist richtig. Besonders belehrend und aufklärend auf diesem Gebiete ist der letzte, der Jahrgang 1920 unserer Zeitschrift. Neben den laufenden statistischen Monatsberichten über Mitgliederbestand und Arbeitslosigkeit sind mehrere rein instruktive Artikel als auch verschiedene hochwertige graphische Darstellungen von allgemeinem volkswirtschaftlichen wie besonderem Verbandsinteresse erschienen.

Wenn trotzdem eine so ausführliche Behandlung mancher Selbstverständlichkeiten an dieser Stelle erfolgt, so hat das seinen Grund darin, daß manche unserer Funktionäre den Zweck und die Bedeutung unserer Verbandsstatistik noch immer nicht in vollem Maße erkannt haben. Eine andere Erklärung für mangelhafte, verspätete oder gar keine statistische Berichterstattung durch manche Verbandsfunktionäre ist nicht gegeben. Wo volles Verständnis für die Not-

wendigkeit oder Nützlichkeit einer Sache vorhanden ist, ist auch das gute Wille da.

Nun gehört zu dem Verständnis noch ein weiteres, nämlich die genaue Beachtung des geltenden statistischen Systems. Statistik ist auch Systematik. Ohne Systematik keine richtige Statistik! Dieser Grundsatz muß allen Funktionären, die die Aufgabe haben, statistische Berichte zu machen, fest und unerrückbar im Gedächtnis haften, ihre Berichterstattung bestimmen. So tragen z. B. die den Filialen zugehenden Berichtskarten oder Fragebogen immer einen Vermerk über den Zeitpunkt der Beantwortung und ferner, bis zu welchem Datum die beantwortete Karte oder der Fragebogen einzuliefern ist. Das zu beachten und zu befolgen, ist einer der wichtigsten Grundsätze im statistischen System. Und warum? Weil die Fragebeantwortung über eine bestimmte Erscheinung einer Größe in jedem anderen als dem vorgeschriebenen Zeitpunkt eine andere sein kann. Im Wesen der systematischen Statistik liegt es, den eingetretenen Wechsel und die Wechselfolge der Erscheinungen oder Größen zahlenmäßig nachzuweisen. Daraus ist erkennbar, wie eine vorschriftsmäßige Fragebeantwortung für zuverlässiges Zahlenmaterial dringend geboten ist. Hinzukommt bei unpünktlicher Berichterstattung unnötiges Mahnen, was Zeit und Portokosten verurteilt und die Bearbeitung des Materials unliebsam verzögert. Das Nachteiligste dabei ist die späte Bekanntgabe des Gesamtergebnisses. Je früher das Gesamtergebnis, um so höher sein Wert.

Auch sei auf eine sich vielfach bemerkbar machende Unsitte hingewiesen, in Fällen, wo gegenüber der letzten Berichterstattung keine Veränderung eingetreten ist, die Berichtskarte oder Fragebogen nicht einzuliefern. Diese Auffassung ist falsch. Der das Material zusammenstellende Statistiker kann nicht wissen, was vorliegt und muß sich die Arbeit machen, das alte Zahlenmaterial auszufüllen oder durch ergänzende Erläuterungen verständlich und kenntlich machen. Also Grundsatz: Vorschriftsmäßige, pünktliche Berichterstattung auch in Fällen, wo keine Veränderungen vorliegen.

Ein anderes, sehr wesentliches Moment ist die Fragebeantwortung selbst. Fragebogen oder Karten bilden mit den verschiedenen Fragen ein durchdachtes systematisches Ganzes. Die auf den Fragebogen oder Karten gemachten Erläuterungen sind streng zu beachten, da sie oft für die richtige Fragebeantwortung sozusagen den Schlüssel bilden. Größeren Fragebogen werden meist noch erläuternde Begleitschreiben beigelegt. Also: Erläuterungen auf Karten, Fragebogen oder Begleitschreiben streng befolgen. Wo Zweifelsfälle eintreten, ist bei der Hauptleitung anzufragen. Grundsatz muß sein: Gewissenhaft die gestellte Frage lesen, präzisieren und dann beantworten.

Ist keine Berichterstattung ein Uebel, so ist mangelhafte, flüchtige oder gar auf oberflächlicher Schätzung beruhende Berichterstattung ein sträfliches Vergehen. Fahrlässige Berichterstattung gleich fahrlässigem Betrug. Die menschliche Unvollkommenheit drückt sich in den begangenen Fehlern aus; sie zu vermeiden, bedingt Streben nach Vollkommenheit. Fehlt dieses Streben, so artet das menschliche Dasein aus in Selbstbetrug mit seinen schlimmen Folgen. Das übertragen auf unsere statistischen Arbeiten, heißt: Selbstbetrug ist jede unwahre oder unzuverlässige Fragebeantwortung.

Und den statistischen Arbeiten haben sich alle Verbandsmitglieder zu beteiligen, nicht nur die damit betrauten Verbandsfunktionäre. Jedem Verbandsfunktionär wird die Beteiligung, Hilfeleistung der Mitglieder bei den statistischen Arbeiten willkommen sein. Nebenbei nur sei die unermüdbliche, jederzeit bereitwillige Mitarbeit so vieler Funktionäre gebührend hervorgehoben. Ohne diesen Stamm pflichtbewusster Mitarbeiter wären unsere Aufgaben nicht zu lösen gewesen. Diese Mitarbeit auf breiter Grundlage gestellt, erleichtert die Bewältigung der Arbeiten, dient dazu, neue Kräfte heranzubilden. Die Mitarbeit hat sich nicht nur auf mechanische Betätigung, vielmehr noch auf geistige Mitarbeit zu erstrecken. Für Anregungen sind wir dankbar, nicht minder für wohlmeinende Kritik.

In jährr Kleinarbeit haben die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich ihre vorbildlichen Verbände geschaffen. In den Jahresberichten, den Gewerkschaftsblättern, wo die statistischen Zahlen und Zahlentabellen sozusagen die Jahressringe des Wachstums anzeigen, wird dem ärgsten Gegner und Feinde der gewerkschaftlichen Organisation die Achtung vor der selbstlosen, mühevollen Kleinarbeit abgetrotzt. In diesem bewährten freigewerkschaftlichen Kampfesgeist wollen wir auch künftighin auf dem so nützlichsten Zahlensgebiet der Verbandsstatistik eifrige Pionierarbeit leisten.

### Die elfte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

am 19. und 20. Januar ehrte das Andenken des verstorbenen Genossen Lehmann. Als dessen Nachfolger wurde Genosse Theodor Reipart, der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gegen vier Stimmen gewählt. Von den in der vorigen Tagung unerledigt gebliebenen Verhandlungsgegenständen beschäftigte den Ausschuss zunächst die von einigen Seiten betriebene und von den französischen Behörden sichtlich begünstigte Einführung der Frankennährung im Saargebiet. Es kam dabei zum Ausdruck, daß diese den dortigen Arbeitern höchstens zeitweilig etwas Vorteil bieten, später jedoch leicht zu ihrem Schaden ausschlagen könne. Die Sache wurde den dortigen Gewerkschaften zur Regelung überlassen.

Von der vorigen Tagung lag ebenfalls noch eine Vorlage über die Unterstützung und die Beitragsleistung der Kurzarbeiter vor, zu der die Verbandsvorstände inzwischen Stellung genommen hatten. Die Aussprache zeigte aufs neue, daß in den einzelnen Berufen die Verhältnisse so verschieden sind, daß eine einheitliche Stellungnahme nicht möglich ist und die Regelung notwendig den Verbänden selber überlassen werden muß.

Den Bericht der Sozialisierungskommission gab Genosse Umbreit mit längeren Ausführungen. Es handelt sich darum, in der Sozialisierung des Kohlenbergbaus endlich zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu kommen. Die Aussprache ergab die volle Einmütigkeit des Ausschusses in dieser Frage. Die von der Kommission vorgelegten 20 Leitätze wurden mit geringfügigen Änderungen einstimmig angenommen; ebenfalls einstimmig angenommen wurde folgende Entschließung und Erklärung:

„Die im Ausschuss des A.D.G.B. vertretenen Vorstände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus.“

Mit Bestreben müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Zusage der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige ebensowenig erfüllt hat, wie das den Bergarbeitern anlässlich der Durchführung des Spa-Abkommens gemachte Versprechen, den Kohlenbergbau gemeinwirtschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und vom 8. Oktober 1920 sind bisher uneingelöst geblieben. Anstatt den geschiedenen Sönderverträgen einen Gegenentwurf zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, verläßt die Reichsregierung die Zeit damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Begutachtung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu beschäftigen, um eine wirkliche Sozialisierung zu verhindern oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung von der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterschaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gehe erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

- I. Alle Erbschäfte gehören der Nation.
- II. Die Ausbeutung der Kohlenvorkommen wird den bläherigen Besitzern gänzlich entzogen und gemeinwirtschaftlich organisiert.
- III. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftsverband übertragen.
- IV. Die Kohlenbewirtschaftung soll einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Betrieben die wirtschaftliche Verwagungsfreiheit zu verkleinern. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaftesten Betriebsbedingungen zusammenzufassen.
- V. Die Lohn- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.
- VI. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ist ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.
- VII. Die Preisregelung soll nach gesunden volkswirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Ablösung der aus der Enteignung herrührenden Schuldverpflichtung, sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohलगewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder zersplittert, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder, die die Kohलगewinnung privatrechtlicher Ausbeutung weiterhin überläßt.

Der Ausschuss des A.D.G.B. hat unter seinen Gesichtspunkten seine Leitätze für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zusammengestellt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichster Einarbeitung einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderungen in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenschweren Anstößen kommen läßt, sondern eingeht ihrer Verbindungen und des einmütigen Willens weislicher Volkstretre die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur raschen Tat werden läßt.“

„Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.“

Der Ausschuss des A.D.G.B. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiedereinsetzung der Sozialisierungskommission erfolgt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden, zum Zweck der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Ziele der Sozialisierung der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammenlegung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohlenwirtschaft zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeiten auch bei weitem noch nicht erledigt, da sie Untersuchungen über den Kaliberbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Angriff genommen, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obenstehende Prüfung der Frage des Verkehrswezens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission einer Sabotierung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleichzuachten.

Die Gewerkschaften legen gegen diese Absichten des Reichswirtschaftsministeriums die entschiedenste Verwahrung ein und erklären, daß sie gewillt sind, eine solche Verletzung des Abkommens vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren.“

Da für die Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens auch eine genaue Einsicht darin notwendig ist, wie stark die einzelnen Berufe in Deutschland vertreten sind und welche Veränderungen sich auf diesem Gebiet im Laufe der Zeit vollzogen haben, ist es natürlich, daß der Bundesausschuss sich mit der künftigen Berufs-zählung beschäftigte. Im Auftrag der Staatskommission berichtete darüber Genosse Streine (Walder) Seine Ausführungen wurden ergänzt durch Herrn Regierungsrat Dr. Meerwarth vom Preussischen Staatlichen Landesamt. Im Anschluß betonte man allgemein die Notwendigkeit einer Berufs-zählung und stellte sich ferner auf den Standpunkt, daß sie, um die gewaltigen Kosten möglichst einzuschränken, mit der nächsten Volks-zählung verbunden werden könne. In betreff der Streitstatistik hatte der Ausschuss nichts dagegen einzumenden, daß die Behörden auch künftig eine solche vornehmen; man hielt indes daran fest, daß diese auch von den Gewerkschaften weitergeführt werden soll. Ferner wurde die Kommission ermächtigt, für die Fragestellung bei der amtlichen Streitstatistik Vorschläge zu machen.

Mit der Preussischen Unterrichtsverwaltung wurde ein vorläufiges Abkommen getroffen, daß den Gewerkschaften, gegen vorteilhafte Bedingungen, eine gewisse Anzahl von Plätzen an der in Frankfurt a. M. begründeten Akademie der Arbeit zur hochschulmäßigen Ausbildung b-zähligter jüngerer Gewerkschaftsvertreter sichert. (Siehe auch Leitartikel.)

Die Stellungnahme des Ausschusses zu dem bekannten „Offenen Brief“ der Vereinigten Kommunistischen Partei ergab wiederum vollkommene Einmütigkeit. Der Beschluß des Bundesvorstandes, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten bei früheren gemeinschaftlichen Aktionen auf diesen „Offenen Brief“ überhaupt keine Antwort zu erteilen, wurde gebilligt. Im übrigen wurde von neuem betont daß Aufklärung der Mittel- und praktischen Arbeit zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage die besten Mittel seien, die Einigkeit in den Gewerkschaften hochzuhalten.

Ein Brief vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der zur Aktion dafür auffordert, daß die zum Tode verurteilten Mitglieder der früheren ungarischen Regierung nicht hingerichtet werden, fand im Ausschuss schnelle Erledigung, da die deutschen Gewerkschaften schon in diesem Sinne tätig sind.

Ferner beschloß der Ausschuss noch, daß der Bundesvorstand Mittel bereitstellen soll zur Unterstützung ostdeutscher Flüchtlinge.

### • Straßenbahner •

Frankfurt a. M. In der Jahresversammlung der Sektion gab Kollege Scheid einen Rückblick auf das Jahr 1920. Auch im Betriebe der städtischen Straßenbahn erfolgten Arbeitsstörungen, die aber gemildert wurden durch das so larische Verhalten des technischen Personals, das zugunsten des Fahrpersonals einen Teil der Arbeitsstörungen mit getragen hat. Viel Arbeit erforderte der weitere Ausbau des Vertrauensmännerkörpers und der Selbstverwaltung, um erplichliche Arbeit leisten zu können. Kollege Winter gab hierauf den Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Der Schlichtungsausschuss hat einen Spruch gefällt am 5. März. Feuerungszuschlag und 10 Pfennig pro Stunde für die Frau und jedes Kind unter 14 Jahren. Jedoch der sozial denkende Magistrat hat diesen Schiedsspruch abgelehnt. An den Kollegen liegt es nun zu zeigen, daß sie gewillt sind, den Kampf weiterzuführen. Die Wahl der neuen Sektionsleitung ergab: 1. Vorsitzender Kollege Hofacker, 2. Vorsitzender Tripp, Schriftführer Böning.

### Landstraßenwärter

**Ostpreußen.** Nach Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten ist es bisher in fünf Kreisen Ostpreußens gelungen, Tarifverträge für die Chauffeurarbeiter zu schaffen, welche neben Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage einen Tagelohn von 20 bis 22 Mk. vorsehen. Daß dieser Lohn nicht ausreichend ist, leuchtet jedem Kenner der ostpreussischen Verhältnisse ein. Doch steht ein großer Teil der Chauffeurarbeiter infolge der unglücklichen Notlage vollkommen indifferent gegenüber. Wohl sind etwa 1200 Chauffeurarbeiter der Organisation zugeführt, doch dürfte diese höchstens ein Drittel der tatsächlich Beschäftigten ausmachen. In allen Kreisen, wo die Organisation festen Fuß gefaßt hat, wurden Entwürfe auf Lohnhöhung und Abschluß von Tarifverträgen der Kreisauausschüsse eingereicht. Größtenteils erfolgte Ablehnung unter den durchsichtigsten Gründen. In den meisten Fällen läßt sich konstatieren, daß die Weigerung der Kreisauausschüsse in der Hauptsache der Furcht zuzuschreiben ist, daß die Landwirte, welche in der Mehrheit die Eige im Kreisauausschuß inne haben, glauben, sobald den Chauffeurarbeitern der Lohn aufgebessert wird, verlieren sie ihre wertvollen Arbeitskräfte für die Zeit der Ernte. Um nun dem ablehnenden Standpunkt der verschiedenen Kreisauausschüsse zu begegnen, wurde von der Gewerkschaft in einigen Fällen der Schlichtungsausschuß angerufen. Die Schiedsprüche lauteten durchweg: Gewährung von Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen auf die Dauer von sechs Wochen sowie Festsetzung der Löhne auf 22 bzw. 25 Mk. pro Tag. Diese Schiedsprüche wurden in keinem Fall anerkannt, und so beantragte die Gewerkschaft in den Fällen Königsberg und Fischhausen die Verbindlichkeitsklärung der gefällten Schiedsprüche. Diese Verbindlichkeitsklärung ist vom Demobilisierungskommissar nunmehr erfolgt und hat folgenden Wortlaut:

„Der in der Tarifstreitfrage des Verbandes der Gemeinde- und Zwiatsarbeiter gegen die Kreisauausschüsse Königsberg und Fischhausen am 31. August v. J. gefällte Schiedspruch wird hiermit für verbindlich erklärt. — Gründe: Die in dem Schiedspruch festgesetzten Arbeitsbedingungen haben, wie bei der kontraktualistischen Verhandlung am 1. Dezember v. J. festgestellt wurde, abgesehen von der Höhe der Löhne die Billigung der Arbeitgeber gefunden. Die Ablehnung einer Lohngewährung von 22 Mk. je Tag wird in der Hauptsache damit begründet, daß es sich bei den Begehrarbeitern um größtenteils nicht voll arbeitsfähige Arbeiter handelt. Auf diesen Umstand nimmt aber der Schiedspruch infolgedessen Rücksicht, als bestimmt ist, daß bei ganz besonders vorübergehender Erwerbsbeschränkung des Arbeitnehmers in bezug auf den

Strassenarbeitsdienst der Arbeitgeber berechtigt ist, mit Zustimmung des Betriebsrats einen abweichenden Lohn festzusetzen. Der Lohn von 22 Mk. ist also nur an solche Arbeiter zu zahlen, die in bezug auf den Strassenarbeitsdienst in ihrer Leistungsfähigkeit nicht behindert sind. Mit Rücksicht darauf, daß die Preise aller Wirtschaftsgüter besonders in der letzten Zeit eine ungewöhnliche Steigerung erfahren haben und dementsprechend in allen Berufsgruppen Lohnsteigerungen eintreten müssen, muß die festgesetzte Lohnhöhe von 22 Mk. für den Tag als angemessen bezeichnet werden; und weil von Seiten der Begehrarbeiter wiederholt Anträge auf Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse und auf den Abschluß eines Tarifvertrages gestellt worden sind und zu befürchten ist, daß das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber, den Wirtschaftskrisis fördernde Wirkungen zur Folge haben kann, mußte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für geboten erachtet werden.“

Damit ist auch von berufener Seite festgestellt worden, daß das Verhalten der Kreisauausschüsse unter keinen Umständen gebilligt wird. Damit dürfte wohl allen übrigen Kreisen zu Gemüte geführt worden sein, daß auch die Begehrarbeiter das Recht zum Leben haben. Wir erwarten daher, daß die Kreisauausschüsse ihre tariffeindliche Haltung aufgeben und sich mit der Organisationsleitung verständigen. Den Begehrarbeitern rufen wir aber zu, sich möglichst reslos zu organisieren, denn nur durch einmütiges und geschlossenes Auftreten ist es möglich, auch in diesem Beruf menschenwürdige Zustände zu erkämpfen. Außerdem dürfte der kommende Wahltermin gleichfalls Gelegenheit bieten, eine andere Zusammensetzung der Kreisauausschüsse zu ermöglichen, weshalb es Pflicht jedes Arbeiters ist, dafür seine Stimme abzugeben, daß Vertreter der Arbeiterschaft in größerer Zahl, als bisher darin waren, in die Kreisstage einzziehen.

**Groß-Ottersleben und Eberdorf.** In der gemeinsamen Versammlung der beiden Filialen am 19. Januar berichtete Gewerkschaftler W a c h t e n d o r f den schwierigen Gang der Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne. Er ermahnte, einmütig hinter der Gewerkschaft und der Tarifkommission zu stehen, nur dann könne am 26. Januar, wo weitere Verhandlungen sind, für die Straßenwärter etwas Ersprießliches herausgeholt werden. Die Kassierer Re d l e r für Eberdorf und H e r m e r für Groß-Ottersleben erstatteten dann die Kassenberichte. Dann wurde zu den Vorstandswahlen geschritten.

**Güsten (Anhalt).** In der Generalversammlung am 7. Januar gab Kollege S c h u l z Bericht über die Kassenverhältnisse. In den Filialvorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Rudolf A e r m a n n, Neundorf (Anhalt); 2. Vorsitzender Karl S p i l l n e r, Plöskun; 1. Kassierer Karl S c h u l z, Güsten; 2. Kassierer Louis P o l z, Osmarsleben; 1. Schriftführer Paul S c h m i d t, Hoheneyleben; 2. Schriftführer Andreas V e h m a n n, Güsten. Den fern-

## Naturwissenschaftliche Entwicklungsgedanken und Weltanschauungsfragen.

III. [Nachdruck verboten.]

Von Johannes Gut.

Wenn an einem schönen Morgen dem lebendigen Ruh der Sonne Blumen und Blüten sich erschließen, und unser Herz dem neuermachten Frühling entgegenlacht, oder wenn wir in der Nacht ins Freie treten, die ewigen Sterne freundlich auf uns herniederblicken und die Milchstraße sich in silbernem Schimmer über unserm Scheitel wölbt, da regt sich in unserer Seele, oft unbewußt und unverstanden, ein tiefes Sehnen nach Erkenntnis.

Die liebevolle Beschäftigung mit der unermesslichen Natur und ihren geheimnisvollen Kräften ist eine Quelle höchster Beseeligung. Sie erfüllt uns mit Demut, wenn wir unsere Kleinheit und Vergänglichkeit mit ihrer Größe und Ewigkeit vergleichen; mit Stolz, daß wir auf der Stufenleiter der Wesen eine so hohe Stufe erklommen haben, daß wir sie begreifen können. Sie trägt uns auf Weltersfittigen weit hinweg über alles Weh und Erdenleid. —

Der winzige Punkt im unermesslichen All, den wir Erde nennen, der mit unzähligen Sonnen und Planeten nach ewigen, unabänderlichen Gesetzen das Univerfum durchzieht, der in schweigender Majestät seine Sonne umkreist, er ist so wunderbar, so reich geschildert; ein paradiesischer Aufenthalt unzähliger Lebewesen. Die fünf Erdteile dieses Planeten sind umrauscht von gewaltigen Meeren, deren Wellen sich hier an felsigen Klippen brechen, dort stürmende Eilande umbraufen. Schnee- und eisgetrännte Berggipfel haben ihre Gipfel im Wolkenmeer, üppig grüne Täler öffnen sich zu ihren Füßen hin, lieblich durchflochten von silbernen Bächen der Ströme und Flüsse. Reicher Pflanzenwuchs schmückt Hügel und Fluren, Berg und Tal sind mit wartigen Bäumen besetzt, in deren Wipfeln und Zweigen die gesiederten Sängler der Luft wohnen. Überall, auf und in der Erde, im wogenden Meer, in rauschenden Strömen und stillen Seen, regen und bebenden sich Milliarden lebender Wesen und streuen sich ihre Samen. Aber alle überragt, alle beherrscht die Krone der Schöpfung, der Mensch: denn alles, was Erde, Wasser und Luft enthält, vertritt er zu seinem Nutzen. Sollte man nicht meinen, daß diese von der Natur so bevorzugten, mit so herrlichen Gaben ausgestatteten

Wesen in glücklicher Zufriedenheit ihr Erdenbafeln durchwollen müßten? Aber wohin wir den Blick auch wenden, in die Gegenwart sowohl, als auch in die vieltausendjährige Vergangenheit dieses Geschlechts, überall sehen wir neben wenigen Zufriedenen und Glücklichen unendlichen Jammer und Elend. In blutigen Kriegen zerfleischen sich die Völker, und während Wenige unermessliche Schätze anhäufen, deren Zinsen nicht einmal ihre Kinder und Kindeskinde verbrauchen können, leiden Unzählige an der notdürftigsten Nahrung und Kleidung Mangel. Während sich verhältnismäßig nur Wenige zu einer reinen Weltanschauung emporgeschwungen haben, schmachten Unzählige in Bahn und Abwegen und halten es für möglich, daß auf ein für viele, ach, so qualvolles Erdenbafeln noch eine grauenvollere Ewigkeit folgen könne.

Ist es denn denkbar, wenn es ein persönliches Wesen gäbe, das die Nacht hätte, unzählige Millionen flammender Sonnen zu schaffen, von denen jede einzelne vieltausendmal größer ist als der winzige Stern, auf dem wir leben, und sie in ihrem harmonischen Lauf erhält; ist es denn denkbar, sage ich, daß ein solches Wesen den armen Staubgeborenen, dieses Stäubchen eines Stäubchens, dafür verantwortlich machen sollte, daß er seine Ansichten und seine Handlungen nach seinem Erkenntnisvermögen einrichtet? Was würden wir selbst von einem Menschen denken, der einen Blinden tadelt, weil er die Farbensymphonien eines Raphael nicht bewundert; der einen Tauben schilt, weil seine Seele nicht in Entzücken schwelgt bei den Langemälden eines Mozart.

Wie hängen doch die Stimmungen und Einbildungen der Menschen von ihren äußeren Glücks Umständen ab! Spinoza sagt: „Dem Glück begünstigte Menschen halten sich in der Regel für so weise, daß sie es für eine Beleidigung ansehen, wenn ihnen jemand einen Rat erteilt. Bedrückt sie hingegen Kummer und Sorge und ist ihre Herz erfüllt von bangem Zweifel um eine ungewisse Zukunft, so befolgen sie die unsinnigsten Ratsschlüsse und achten auf Träume.“ —

Von der Vergangenheit der Erde, von den Stoffen, aus denen sie zusammengesetzt ist, von der Entwicklung der zu immer größerer Vollkommenheit fortschreitenden Pflanzen und Tiere haben die wissenschaftlichen Forschungen des vorigen Jahrhunderts bedeutungsvollen Aufschluß gegeben. Hiernach hat sich die Erde vor vielen Jahrmillionen als gasförmiger Ring vom Sonnenball losgelöst und durch jetzt noch wirksame physikalische und chemische Kräfte im Laufe

lebenden Kollegen wurde nochmals ans Herz gelegt, sich unserer Organisation anzuschließen.

Neulich (Freistaat Danzig). In der gutbesuchten Mitglieder-versammlung referierte Kollege Dyd, Danzig, über „Zweck und Ziele der freien Gewerkschaften“. Kollege Wehner nahm dann Vorschläge der Mitglieder zur Lohnfrage entgegen. Es wurde beschlossen, eine sofortige Erhöhung der Löhne durch die Gewerkschaft bei dem Kreisbauamt zu beantragen. Alsdann gab Kollege Dyd Auskunft über den Zweck des Arbeiteraus-schusses. Der Bauvertreter wurde beauftragt, die vorgelegte Be-förderung aufzufordern, den gesetzlichen Arbeiterausschuß einzusehen.

### • Aus unierer Bewegung •

**Lohnbewegung der Gemeinbediensteten in Baden.** Zum 1. Januar 1921 war unsererseits die Teuerungszulage erneut gekündigt worden. Die eingeleiteten Verhandlungen mit dem neugeschaffenen Bezirks-arbeiterverband waren recht schwierig und verliefen infolge der zu geringen Jugendlöhne ergebnislos. Fast hatte es den Anschein, als wenn es zum offenen Kampfe kommen sollte. Jedoch gelang es noch einmal, die Angelegenheit auf gutlichem Wege beizulegen. Ein einzelnes Schiedsgericht fällte folgenden Spruch. Die Teue-rungszulage wird in der Ortsklasse I und II um 15 Proz., in Klasse III um 10 Proz. und in Klasse IV um 5 Proz. erhöht. Bessere Klasse kommt praktisch gar nicht in Betracht. Ledige über 24 Jahre haben die gleichen Zuschläge zu erhalten wie Verheiratete. Ledige Arbeiter unter 24 Jahren erhalten jedoch in Ortsklasse I nur 10 Proz. und in Ortsklasse II 5 Proz., während sie in den anderen Ortsklassen leer ausgehen. Für die Arbeiterinnen konnte nur für die Ortsklasse I eine Erhöhung der Zulage um 5 Proz. erzielt werden. Dieser Schiedsspruch wurde beiderseits angenommen. Auf Grund dieses Schiedsspruchs erhalten nunmehr die Arbeiter ab 1. Januar 1921 eine tägliche Lohnerhöhung: in Ortsklasse I von 4,20 Mk. bzw. 3,90 Mk. bzw. 3,60 Mk., in Ortsklasse II von 3,90 Mk. bzw. 3,60 Mk. bzw. 3,30 Mk., in Ortsklasse III von 2,40 Mk. bzw. 2,20 Mk. bzw. 2 Mk. für Handwerker, angelernte Arbeiter und unger-nerte Arbeiter. Durch die zweimalige Aenderung unseres im April 1920 mit den Städteverbänden abgeschlossenen Lohn-abkommens ist dieses wesentlich komplizierter in seinem Aufbau ge-worden. Wir machen daher unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß die Gauleitung Karlsruhe die Lohnabelle nach dem neuesten Stand zusammenstellt hat. Das eingehende Studium dieser Lohn-abelle ist notwendig, da Ende März das ganze Abkommen abläuft

und aufs neue ergänzt werden muß. Nach den bisherigen Erfahrun-gen müssen wir annehmen, daß es auch hierbei wieder zu heftigen Zusammenstößen mit unseren Gegnern kommen wird. Es dürfte also im Interesse aller Kollegen liegen, wenn sie dafür sorgen, daß die Einigkeit in unseren Reihen erhalten bleibt.

Die Gaukonferenz Bielefeld am 16. Januar zählte 22 Delegierte aus 11 Filialen. Als Vertreter des Verbandsvorstandes war Kollege Beder zugegen, außerdem Kollege Bergel vom Gau Dortmund. Nach einem Referat des Kollegen Bolm wurde nach-stehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 16. Januar 1921 in Bielefeld tagende Konferenz des Gau's Bielefeld unterbreitet dem Hauptvorstand folgende Anträge zur weiteren Bearbeitung: 1. Um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft in staatlichen und kommunalen Be-trieben zu fördern und sicherzustellen, fordert die Konferenz für die entscheidendste Bekämpfung und schärfste Bestrafung des Schleich-handels und des Wuchers, sowie mit aller Energie für eine sofortige Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsartikel einzutreten. 2. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 betreffend Streikverbot in den Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-werken stärkt moralisch die Arbeitgeberkreise in fühlbarer Weise und vergrößert deren Widerstand bei allen möglichen Anlässen, so daß einerseits eine wirtschaftliche Stärkung der Arbeitgeber, andererseits eine vernehmliche Schwächung der Arbeitnehmer Er-scheinung ist. Die Konferenz legt entschieden Protest gegen dera-artige Maßnahmen ein; sie vertritt den Standpunkt, daß Koststands-arbeiten von den beteiligten Arbeitnehmern selbst zu verrichten sind und beauftragt den Vorstand, sich an den maßgebenden Stellen für die sofortige Aufhebung der Verordnung einzu-setzen.“ Sodann referierte Kollege Beder über „Gewerkschaften und Betriebsräte“. In instruktiver Weise wurde zum Ausdruck ge-bracht, daß, wenn wir gesunde Fortschritte im Sinne des Betriebs-rätegesetzes erreichen wollen, es unbedingt Pflicht der Betriebsräte ist, mit den freien Gewerkschaften zusammen zu arbeiten, und daß unser Bestreben dahin gehen muß, Eig und Stimme als Betriebsrat in den jeweiligen Vertrauensdeputationen der öffentlichen Körper-schaften zu erreichen. Zur Schürung und Durchbildung der Be-triebsräte sind im örtlichen Westfalen und Lippe für diesen Winter Kurse eingerichtet. Beschlossen wurde, den vierteljährlichen Beitrag für die Tarifkasse auf 30 Pf pro Mitglied zu erhöhen, um den jeweiligen Ansprüchen in bezug auf Entscheidung der Mitglieder der Verhandlungskommission genügen zu können, ebenso vierteljährlich eine Revision der Tarifkasse statufinden zu lassen.

der Zeit zu einem feurig-flüssigen Ball verwandelt. Noch heute herrschen im Innern der Erde ungemein hohe Hitzegrade, wovon die Erdbeben, die leuchtenden Rauchfäden der Vulkane und die heißen Quellen unzweifelhaft Kunde geben. Je tiefer wir einen Schacht in die Erde treiben, um so mehr nimmt die Temperatur zu, und wir können genau berechnen, wie tief wir den Schacht treiben müßten, um auf Hitzegrade zu stoßen, die das Gestein flüssig erhalten.

Der Zeitraum ist sehr kalt, und wie jeder heiße Ofen und jeder andere heiße Körper in kalten Räumen Wärme ausstrahlt, so mußte auch die Erde Wärme ausstrahlen. Das Wasser, welches heute die Meere und Ströme füllt, existierte auch schon damals als Wasserdampf, und durch die Ausstrahlung der Wärme sowohl, als auch durch die Wirkung des aufsteigenden und wiederströmenden Wassers, mußte mit der Zeit eine Abkühlung der Erdoberfläche stattfinden und sich hierdurch, in langen Zeiträumen, eine nach und nach immer stärker werdende, feste Kruste um die Erde bilden.

Jahrmillionen mußten vergehen, ehe die Erdoberfläche sich ge-nügend abgekühlt hatte, ehe das Wasser sich dauernd auf der Erde niederlassen konnte. — Der berühmte Geologe Professor Dr. Bohlig sagt in seinem Werke: „Eiszeit und Urgeschichte des Menschen“: „So-bald dieses (nämlich das Wasser) den nötigen Abkühlungsgrad er-reicht hatte, entstanden die einfachsten, auf der Grenze zwischen Tier und Pflanze stehenden Wesen in ihm, die Protisten — die Urmeeren; sie entstanden aus den unergänglichen Keimen des Lebens, den „Ootomen“, die von Uransfang jedem Sonnensystem und jedem seiner Körper zugehören.“ — Die Pflanze saugt aus Erde, Wasser und Luft ihre Nahrung, kann also anorganische Dinge in organische umwandeln. Das Tier kann wohl die Bestandteile der Pflanzen in Muskel-, Blut und Knochen umwandeln, aber nicht von an-organischen Dingen leben. Es kann daher erst auf der Erdoberfläche entstehen sein, als Pflanzen bereits vorhanden waren.

So entstanden in den Urmeeren aus den Protisten zunächst Pflanzen allererfichtester Art: die Algen, und erst später durch ver-änderte Ernährungsweise ebenso einfache, vielzellige Tiere.

Die Wissenschaft belehrt uns, daß die ältesten vom Wasser ab-gelagerten Erdschichten aus Gneis und ähnlichen Schiefergesteinen bestehen und keine organischen Einschlüsse enthalten. Dann folgen andere Schichten, welche uns in Versteinerungen und Abdrücken

die einfachsten Formen der Tier- und Pflanzenwelt aufbewahrt haben. Je mehr wir uns der jüngsten Erdschicht, auf der wir leben, nähern, um so formreicher und vollkommener sind die Ueberreste der Tiere und Pflanzen, welche wir zwar verleinert, aber deutlich erkennbar, in diesen Schichten aufgefunden haben.

In naturwissenschaftlichen Museen befinden sich neben zahl-reichen Versteinerungen und Abdrücken vorweltlicher Pflanzen, be-sonders solcher aus der Steinkohlenszeit, viele vorweltliche Muscheln, Fische, Saurier und riesige Knochen von Säugetieren. Am ähn-lichsten sind die Fische den noch heute lebenden, was sich durch die fast gleichgebliebenen Lebensbedingungen erklärt. Ganz anders gestalteten sie sich jedoch für die damals lebenden Landtiere und Pflanzen. Der warme, fumpfige Boden, bedingt durch die noch sehr hohe Temperatur der Erde und die dichte, kohlenstoffreiche Wasserdampfhülle, welche die Sonnenstrahlen nur spärlich durch-dringen konnten, vermochte nur Lebewesen die Existenz zu ge-währen, welche diesen Verhältnissen genau angepaßt waren.

Wie ein Versuch erkennen uns die wunderlichen Trilobiten und Saurier, die riesigen Mammut, von denen in unserer Zeit noch vollständige Exemplare mit Haut und Haaren in dem Eise Sibiriens gefunden wurden, und doch waren sie den zu ihrer Zeit bestehenden Lebensbedingungen auf das genaueste angepaßt. Im Solenhöfener Sandstein hat man verschiedene Versteinerungen vom Archäopteryx, einem Tier, halb Eidechse halb Vogel, gefunden. Man sieht hier ganz genau, daß die Vögel aus den Reptilien hervorgegangen sind.

In alter und neuer Zeit haben tiefe Denker, im Anschauen der zahlreichen Uebergänge, welche sich von der unbelebten Welt zu den einzelligen Urwesen oder Protisten und von diesen zu den viel-zelligen Pflanzen und Tieren dem Forscher darbieten, den Gedanken ausgesprochen, daß alle organischen Wesen, einschließlich des Men-schen, aus den einfachsten Urformen, in millionenfacher Veränderung fortschreitend, sich entwickelt haben.

Erst unserer Zeit war es vorbehalten, durch die geliebten Ar-beiten Darwins, welche er in seinem Werk: „Von der Entstehung der Arten, durch natürliche Zuchtwahl, im Kampfe ums Dasein, oder der Erhaltung der Tüchtigsten“ niedergelagt hat, die wissenschaftliche Begründung hierfür zu erbringen. Der größte Teil der bedeutendsten Naturforscher unserer Tage nimmt an, daß einst eine Urform existiert hat, von der in aufsteigender Linie der Mensch, in absteigender

**Nugsburg.** In der Generalversammlung am 18. Januar erstattete Kollege Britsch den Jahresbericht. Der Mitgliederzuwachs beträgt 175, obwohl im abgelaufenen Jahre 300 Mitglieder an die Filiale Nugsburg-Land abgetreten wurden. Den Kassienbericht erstattete Kollege Schuster. Das Vermögen der Filiale stieg auf 27 428,51 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 1730. Bei der Neuwahl des Filialvorstandes wurden für die ausgeschiedenen Kollegen Gruber, Klah und Kellner die Kollegen Heinrich Christ, Matthias Griffl, Martin Gastelger und Joseph Feigl neu gewählt.

**Breslau.** In der Generalversammlung am 25. Januar erstattete Kollege Marsch den Geschäftsbericht für das Jahr 1920. Die Lohnsteigerungen betragen im Jahresdurchschnitt bei den Ledigen 70 Proz., den Beheirateten ohne Kinder 75 Proz., den Verheirateten mit Kindern 90 Proz. und bei den Frauen 40 Proz. In den Löhnen stehen die städtischen Arbeiter in Breslau an erster Stelle. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Kollege Marsch scharf gegen den Aufmarsch in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ und gegen die Verammlungszeitel des Aktionsausschusses der B.K.P.D., Ortsgruppe Breslau. Die organisierten Staats- und Gemeindefabrikanten wurden hier zu einer am 23. Januar 1921 stattfindenden Versammlung eingeladen, in welcher sie nach Punkt 1 der Tagesordnung Stellung zur Neuwahl des Vorstandes des Staats- und Gemeindefabrikantenverbandes nehmen sollen. Auf Grund dieser Tatsache teilt der Redner mit, daß die Vorstandswahl keine Partei-, sondern Gewerkschaftsfrage ist, über die die Gewerkschaftsmitglieder selber zu entscheiden haben, und daß gegen diejenigen Kollegen, die absichtlich die einheitliche Gewerkschaft zerplündern wollen, eventuell der Ausschluß aus der Organisation in Betracht gezogen werden müsse. Der reiche Beifall, den der Vortragende erzielte, bewies, daß der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit den Bestrebungen der Rostowiter nichts zu tun haben will. — Den Kassienbericht erstattete Kollege Schulze. Die Gesamteinnahme im 4. Quartal beträgt 283 711,43 Mk., die Gesamtausgaben 223 154,50 Mk., so daß ein Kassienbestand von 60 556,93 Mk. verbleibt. Nachstehende Resolution wurde gegen 4 Stimmen angenommen: „Die am 25. Januar 1921 tagende Generalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellt sich auf den Standpunkt, daß die in den Gemeinde-, Staats-, Kreis- und Provinzialbetrieben beschäftigten Personen dem allein zuständigen Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter zuzuführen sind. Das gilt auch dann, wenn die genannten Betriebe aus irgendwelchem Grunde sich noch im Privatbesitz befinden. Sie stützt sich dabei auf das Programm des 8. ordentlichen Verbandstages zu Nürnberg und auf den gegen wenige Stimmen

angenommenen Antrag einer besonders eingesetzten Kommission auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress, wonach die abweichenden, organisatorischen Eigenheiten von Organisationen, die bisher der Generalkommission angeschlossen waren, anerkannt werden. Die Generalversammlung verurteilt aber in schärfster Weise, wenn Mitglieder eine, die Interessen des Verbandes und seine Einrichtungen schädigende Tätigkeit ausüben. Sie wird mit allen ihr statutarisch zustehenden Mitteln die volle Selbständigkeit des Verbandes, die Beachtung seiner Statuten und Beschlüsse aufrechterhalten. Nur dadurch kann die Organisation in zweckentsprechender Weise den idealen und materiellen Forderungen der angeschlossenen Mitglieder gerecht werden.“ — Die Wahl des Filialvorstandes ergab: Marsch 1. Bevollmächtigter, Bache 2. Bevollmächtigter, Schulze Kassierer, Prause Schriftführer. Bei der Wahl der Beisitzer, Revisoren und der Delegierten in den Ortsauschuss wurden die auf den Vorschlagslisten der Sektionen und der erweiterten Verwaltung stehenden Kollegen gegen wenige Stimmen von der Generalversammlung gewählt. Die Verhandlungskommission bilden die Kollegen Rahmsfeld, Stenzel, Marzahl, Prause, Schulz und Heurich.

**Darmstadt.** Die Generalversammlung am 16. Januar nahm zunächst den Vorstandsbericht entgegen. Unsere Filiale hat im Jahre 1920 28 Lohnbewegungen durchgeführt. Die Löhne unserer Kollegen haben sich im Durchschnitt um 83 Proz., die unserer Kolleginnen um 40,3 Proz. erhöht. Der Bezirksmanteltarif wurde geschaffen und tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft. Die Jahreseinnahmen betragen 137 117,46 Mk., die Jahresausgaben 69 332,80 Mk. für die Lotokasse und 81 865,92 Mk. für die Hauptkasse. Das Vermögen der Filiale hat sich um 5718,74 Mk. vermehrt. Die Mitgliederzahl betrug 2274. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender Franz Hummel, 2. Vorsitzender J. Brauburger, Schriftführer J. Arnold, Kassierer H. Grimme.

**Dresden.** In der Versammlung am 20. Januar erstattete Kollege Preißler Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden. Er empfahl die Annahme des Resultats. In der Debatte wurde erwähnt, daß das Ergebnis nicht voll befriedige; um aber zu vermeiden, daß eine weitere Verzögerung des Abchlusses der erhöhten Löhne eintritt, sprachen sich die Redner für die Annahme der erzielten Lohnerhöhung aus und forderten die Gemeindefabrikanten auf, die Einheitlichkeit und Geschlossenheit in der Organisation zum Nutzen der Arbeiterschaft hochzuhalten und Sonderbestrebungen zu unterdrücken. — Die Versammlung kam gegen wenige Stimmen zur Annahme des Verhandlungsergebnisses. Da-

der Linie die noch heute lebenden ungeschwänzten Affenarten die längsten Glieder sind. Professor Huxley hat nachgewiesen, daß die Verschiedenheit unter einzelnen Affenarten weit größer ist, als der anatomische Bau des Menschen und des Gorilla zeigt.

Professor Haedel hat am 28. August 1898 auf dem Zoologenkongress in Cambridge, vor den berühmtesten Naturforschern aller Kulturländer, einen Vortrag über den Ursprung des Menschen gehalten. Der große Beifall entwickelte in diesem Vortrag den ganzen Stammbaum des Menschengeschlechts, mit dem einzelligen Urwesen beginnend, bis zu den in der Tertiärgzeit erstandenen Primaten oder Affenarten, und sagte dann wörtlich: „Wir dürfen heute mit vollem Recht sagen: Die Abstammung des Menschen von einer ausgestorbenen Primatenkette ist keine vage Hypothese mehr, sondern sie ist eine historische Tatsache.“ Keiner der anwesenden Gelehrten widersprach dem berühmten Forscher. In Haedels „Natürliche Schöpfungsgeschichte“ befindet sich eine Zeichnung der Embryonen des Menschen, des Hundes, des Huhns und der Schildkröte, und alle vier haben eine frappante Ähnlichkeit.

Im Jahre 1838 entdeckte der scharfsinnige Botaniker Schleiden die Pflanzenzelle. Der damalige Biologe der Berliner Universität Johannes Müller, einer der größten Physiologen aller Zeiten, erkannte sofort die außerordentliche Tragweite dieser Entdeckung. Er unterluchte einige tierische Gewebe und fand, daß auch diese aus Zellen zusammengesetzt sind. Sein Schüler Schwann wies nach, daß alle tierischen und menschliche Gewebe eine Anhäufung von Zellen sind, und daß der menschliche Körper aus Milliarden mikroskopisch kleiner Zellen besteht. Ein Blutstropfen von einem Kubitmillimeter Größe, also etwa der Größe eines Stednadelkopfes, enthält nahezu fünf Millionen Zellen. Kölliker führte den Nachweis, daß das Ei der Tiere eine einfache Zelle ist, und so entsteht jede Pflanze, jedes Tier, jeder werdende Mensch aus einer einfachen Zelle. Die Urzelle, das weibliche Ei, aus dem nach unzähligen Umwandlungen und Neubildungen der Mensch sich entwickelt, ist nicht größer als der Punkt, den der Stich der feinsten Nähnadel in einem Stück Papier erzeugt, und dabei ist das weibliche Ei, im Verhältnis zur männlichen Befruchtungszelle, eine Riesenzelle.

Ein Schüler Haedels, Oskar Hertwig, führte im Jahre 1875 von Erfolg gekrönte Untersuchungen über die Befruchtung der Tiere aus. Seine Versuchsobjekte bildeten Seeigel, welche ihm in Naccio

auf der Insel Korsika in großer Menge zur Verfügung standen. Hertwig stellte fest, daß für die Befruchtung nur die Vereinigung der weiblichen und männlichen Zelle und ihrer Zellkerne von Bedeutung ist. In demselben Moment, in welchem die beiden Zellen und ihre Zellkerne sich zu einer Zelle, der Zytula oder Stammzelle, vereinigen, entsteht ein neues individuelles Wesen. Millionen stednadelnähnlicher, durch eine winzige Geißel beweglicher, männlicher Zellen umschwärmen das weibliche Ei. Nachdem ein glücklicher Bewerber sich mit seinem Kopf, dem Zellkern, in das weibliche Ei eingekohrt hat, sondert das Ei eine Schleimschicht ab, welche allen anderen Bewerbern den Zugang versperrt. Hertwig stellte fest, daß bei Anwendung von Äther oder Chloroform, womit er das Ei betäubte, die Schleimabsonderung nicht eintrat und sehr viele Geißelzellen in das Ei eindrangen.

Bei allen vielzelligen Tieren, von den niedersten Gattungen bis zu der höchst entwickelten Säugetieren und auch bei dem Menschen, teilt sich die Zytula oder Stammzelle in zwei Zellen, diese in vier, diese in acht, diese in sechzehn usw. Aus diesen sogenannten Furchungszellen entwickeln sich zunächst zwei Keimblätter. Aus dem äußeren Hautblatt entsteht die äußere Haut und das Nervensystem, aus der inneren der Darmkanal und alle übrigen Organe. Dieser becherförmige, zweischichtige Körper hat nur eine einfache verdauende Höhle und eine Öffnung: den Rrnmund. Bis zu dieser Grenze ist die Entwicklung aller vielzelligen Tiere dieselbe, von den niedersten Gattungen, dem Radeschwamm, den Korallen usw., bis zu den höchst entwickelten Menschensaffen und sogar dem Menschen.

Man kann sich diese Tatsache nicht anders erklären, als daß vor vielen Jahrmillionen eine Lebensform existiert haben muß, welche durch jähe Vererbung ihre Körperform den Embryonen ihrer teilweise sehr hoch entwickelten Nachkommen hinterlassen hat. In einem gewissen Stadium der Entwicklung weisen die Embryonen der Säugetiere und die des Menschen Kiemenspalten auf, wie solche eigentlich nur den im Wasser lebenden Tieren eigentümlich sind, und es berührt selbst, daß schon der alte griechische Philosoph Anaximander, der etwa 600 Jahre v. Chr. lebte, die Menschen durch die Fisch- und Landtiergestalt hindurchgehen läßt.

Professor Haedel erzählt, daß man noch bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts der Ansicht war, daß im Ei der Tiere, ähnlich wie im Samen der höheren Pflanzen, der ganze Tierkörper, im

nach betragen die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Gemeinden dem Arbeitgeberverband angehören, mit Wirkung vom 1. Januar 1921:

Handwerker	Ortsklasse:		
	A	B	C
Angelernte Arbeiter	5,55 Mf.	5,20 Mf.	4,65 Mf.
Ungelernte Arbeiter	5,30	4,90	4,40
Facharbeiterinnen	5,10	4,70	4,20
Arbeiterinnen	3,61	3,26	2,77
	3,40	3,05	2,56

Jugendliche, männliche und weibliche Arbeiter erhalten in der Ortsklasse A und B auf ihre bisherigen Lohnsätze einen Zuschlag von 20 Pf., in der Ortsklasse C männliche Arbeiter 30 Pf. und weibliche Arbeiter 20 Pf. pro Stunde — Die Kinderzulage von monatlich 40 bzw. 50 Mf. bleibt wie bisher.

**Cöthen.** In der gut besuchten Generalversammlung am 23. Januar hielt Kollege Schönfeld-Wagdeburg einen Vortrag über „Wirtschaft und Politik“. Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: 1. Vorsitzender: Schumh, 2. Vorsitzender: Hermann, Kassierer: Gührs, Schriftführer: Starke.

**Frankfurt a. d. O.** In der Generalversammlung am 19. Januar gab Kollege Brüdner den Kassenbericht. Die Gesamteinnahme der Lokalkasse betrug 14389,49 Mf., die Einnahme der Hauptkasse 11801,58 Mf. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 16757,17 Mf., so daß der Lokalkasse ein Betrag von 9433,90 Mf. blieb. Die Wahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender: Weisold, 2. Vorsitzender: Berthold, Kassierer: Brüdner, Schriftführer: Kampfert. Ein Antrag an den Magistrat: „Im Rathaus dem Betriebsrat ein Zimmer zur Verfügung zu stellen, in dem dieser wöchentlich zweimal dreimal Sprechstunden abhalten kann“, wurde einstimmig angenommen. — Da unter Lohnziffern vorliegt, vierteljährlich zu prüfen, ob eine Lohnhöhung angebracht sei oder nicht, beschloß der Vorstand, zu den bestehenden Löhnen 20 Proz. Zuschlag zu verlangen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Die Entschädigung für die Unterfasser wurde auf 12 Pf. pro Marke erhöht; die Sitzungsgelder für Kartelldelegierte wurden auf 2 Mf. festgesetzt.

**Fürth i. Bay.** In der gut besuchten Generalversammlung am 17. Januar gaben die Kollegen Spahn und Sandmann den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Eine längere Debatte wurde herbeigeführt durch das Verhältnis der Rettsarbeiter zur Organisation. Ein Teil von ihnen verlangte Tarifföhne der Bauhandwerker. Auf Grund dessen wurden sie bei den letzten Verhandlungen von unserer Tariff Kommission nicht mehr vertreten. Die Versammlung beschloß, daß dieses in Zukunft wieder gesehen soll.

seinem, durchsichtigem Zustand bereits vorhanden wäre. „In engem Zusammenhang mit dieser Präformationslehre und in berechtigter Schlussfolgerung aus derselben entstand im 17. Jahrhundert eine weitere Theorie, welche die denkenden Biologen lebhaft beschäftigte, die sonderbare „Einschachtelungslehre“. Da man annahm, daß im Ei bereits die Anlage des ganzen Organismus mit allen seinen Teilen vorhanden sei und in diesem wieder die Eier der nächstfolgenden usw. in infinitum! Daraufhin berechnete der berühmte Physiologe Haller, daß der liebe Gott vor 6000 Jahren — am sechsten Tage seines Schöpfungswerkes — die Keime von 200 000 Millionen Menschen gleichzeitig geschaffen und sie im Eierstock der ehrwürdigen Mutter Eva kunstgerecht eingeschachtelt habe.“

Unterhalten wir uns nun von den einzelligen Lebewesen, der Welt der Protisten. Wenn es oft schon schwer hält, vielzellige Organismen als Pflanzen oder Tiere zu erkennen, so ist es bei den meist einzelligen, mikroskopisch kleinen Protisten oder Urwesen noch viel schwieriger. In unglaublicher Menge erfüllen die Protisten alle süßen und salzigen Gewässer, man findet sie aber auch im Staub der Straßen, in der humusreichen Erde der Felder und Wälder, kurz: sie leben überall und jeder Mensch verschluckt sie mit ungelochten Speisen und Getränken lebend zu Millionen, obgleich viele sie nie gesehen haben. Nur mit Hilfe eines guten Mikroskops kann der Naturforscher die Formen und das Wesen dieser winzigen Organismen studieren. Man kann stundenlang zusehen, wie in einem zwischen zwei Glasplättchen gestemmten Wassertropfen die Protisten in rasender Eile dahinschießen, sich überschlagen und mit ihren oft gränlich gestalteten Fangwerkzeugen noch kleinere Wesen ergreifen und auslaugen.

Die einfachsten Lebewesen sind die Moneren. Ihr winziger Körper hat keinerlei Organe, unterscheidet sich äußerlich durch nichts von unbelebter Materie und besteht einzig und allein aus einem formlosen Protoplasma. Protoplasma ist eine schleimartige, stickstoffhaltige Kohlenstoffverbindung in festflüssigem Aggregatzustande. Die Moneren haben also keinerlei Organe, keinerlei Gliederanhänge, nicht einmal eine Haut und trotzdem vermögen sie sich zu ernähren, zu wachsen, sich fortzupflanzen, sich fortzubewegen und zu empfinden. All das verrichten diese winzigen Geschöpfchen durch lappen- oder fingerförmige Pseudopodien oder Scheinfüßchen, welche an jeder beliebigen Stelle des Schleimkumpchens hervorkommen können. Die Fortpflanzung geschieht durch Teilung.

**Heimersheim a. d. Rh.** Ein schönes Fiedchen Erde mit leider recht rückständigen Gemeindevätern, die bei einer Forderung der Arbeiter den modernen Weg versuchen einzuschlagen, die Arbeiter wegen angeblichem Mangel an Arbeit zu kündigung, aber ihnen freifellen, für 20 Mf. pro Tag weiterzuarbeiten, um sie angeblich nicht brotlos zu machen. Die „sozialen“ Fürsorge werden wir ja demnächst hilfreich beibringen und den Satz in Erinnerung bringen, daß Gemeindebetriebe Musterbetriebe sein sollen.

**Leipzig.** In der Generalversammlung am 14. und 21. Januar ersattete Kollege Salomon den Geschäftsbericht. Für die Gemeindegewerkschaften bewirkten wir eine Gesamtlöhnerhöhung von zirka 22 Millionen Mark, pro Kopf durchschnittlich 5213 Mf. Daran partizipierten die Handwerker mit der höchsten Kopfquote von 5512 Mf., ihnen folgten die ungelerten Arbeiter mit 5291 Mf., die angelernten Arbeiter mit 4995 Mf. und die Arbeiterinnen mit 3750 Mf. pro Kopf für 320 Staatsarbeiter betrug die Lohnsteigerung zirka 1¼ Millionen Mark. Die Gesamtlöhnerhöhungen für unsere Mitglieder belaufen sich auf zirka 30 Millionen Mark. Die Arbeitsstreckung auf 36 Stunden in der Straßenreinigung wurde nach viermonatiger Dauer durch Verhandlungen rückgängig gemacht. Eine Solidaritätsaktion zugunsten der Straßenreinigung in den anderen städtischen Betrieben, die eine allgemeine Arbeitsstreckung für alle Arbeiter von wöchentlich vier Stunden brachte, um die überzähligen Arbeiter der Straßenreinigung weiterzubringen, scheiterte nach vierwöchiger Dauer an unvorhergesehenen Schwierigkeiten. Die Zollamtsarbeiter, die bisher nicht organisiert waren, traten geschlossen unserem Verbande bei. Für die Betriebsräte städtischer Betriebe veranstalteten wir einen Kursus und für die Funktionäre einen Vortragszyklus des Genossen Serre über „Natur und Gesellschaft“. (Ausführlicher über das Pflegepersonal siehe „Sani“, Nr. 4.) Kollege Hesse gab den Kassenbericht. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1920 4833, am Jahresschluß waren 5025 Mitglieder vorhanden. Der Freien Arbeiter-Union gelang es, einige Arbeiter in den Gas- und Elektrizitätswerten abtrünnig zu machen. Nachdem sie eingeschlagen haben, daß die Union gar nichts für die Arbeiter tun konnte, kehren sie in unseren Verband zurück. Obwohl die Organisationsmöglichkeit nahezu erschöpft ist, war immerhin noch eine Zunahme von 192 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 272 684 Mf. und 95 232 Mf. Ausgabe. An den Verbandsvorstand wurden 177 451 Mf. abgeführt. Die Lokalkasse brachte 192 032 Mf. Einnahme und 156 345 Mf. Ausgabe. Die Kritik setzte erst beim zweiten Punkt Neuwahlen ein. Die kommunistische Zelle, die auch in unserem Verband besteht, hatte zuvor in

Das auch bei uns einheimische Beschäftigter Amoeba steht auf einer etwas höheren Stufe der Entwicklung als die Moneren. Es besitzt in seinem Innern einen blaschenförmigen Kern, mit dessen Teilung sich jedesmal die Fortpflanzung resp. Teilung einleitet. Im Ruhezustand hat die Amoeba eine kugelige Gestalt. Will sie sich nach irgendeiner Richtung fortbewegen, so streckt sie ihre Scheinfüßchen nach dieser, und der übrige Körper quillt denselben nach. Trifft sie auf ihrem Wege auf ein noch kleineres Wesen, so ergreift sie dasselbe mit ihren Pseudopodien und drückt es in ihren Körper, wo man die Verdauung durch Umtriebe des Protoplasmas beobachten kann. Berührt ein größeres Tier die Amoeba, so zieht sie ihre Scheinfüßchen ein und erst nach einiger Zeit beginnt das Spiel derselben von neuem. Die in unseren Adern zu Milliarden kreisenden farblosen Blutkörperchen haben die größte Ähnlichkeit mit den Amoeben. Auch sie vermögen sich zu bewegen und die in unserm Blut eingebrungenen Fremdkörper in sich aufzunehmen und zu vernichten, wodurch sie für die Erhaltung unserer Gesundheit, unseres Lebens von großer Bedeutung sind.

Die einzelligen Lebewesen, die so winzig sind, daß von manchen Arten, z. B. den Spaltpilzen und Diatomeen, viele Millionen kaum den Raum eines Kubikmillimeters einnehmen; sie sind doch die Ahnen aller Lebewesen, die Erde, Wasser und Luft erfüllen. Der stolze Aar, der mit ausgebreiteten Schwingen der Sonne entgegenstrebt, der König der Wüste, der mit seinem Gebrüll die Luft erschüttert, ja selbst der Mensch, der durch die Macht seines Geistes die ganze Erde und alle Kräfte der Natur seinem Willen unterworfen hat, sie sind alle, alle, nach millionenfachen Umwandlungen, in unendlichen Zeiträumen aus diesem winzigen Urwesen hervorgegangen.

Wir haben alle dieselben Ahnen und diese lebten in einer viel früheren Zeit als jene eisenklingenden Raubritter, die die Landstraßen unsicher machten und auf die manche Menschen noch heute so stolz sind. Unsere Ahnen rufen uns zu: Ihr und alle anderen unzähligen Lebewesen verdanken der Liebe ihr Dasein. Darum ertraut euch gegenseitig. Verachtet euch nicht, weil ihr verschiedenen Standes, verschiedener Religion, verschiedener Nationalität seid sondern beherzt die Worte des Lieblingsjüngers Jesu: Kindlein, liebet euch miteinander!



leider er Arbeiter n freih nicht a dem- ringen, Januar e Ge- t zirle Darau- e von 1 Mt. en mit Loh- nungen Markt- nigung lgändig nre:mei- gemeine stunden unter- sehenen r nicht i. Für einen lenossen er das ab den 4833, Freieid e Gese- gesehen konnte, tions- nahme te eine An den Lokalkasse. Die kommu- uor in teht auf en. Es t dessen et. Im sie sich Schein- en nach, ergriff Körper, s beob- icht sie Spiel kreisen- mit den unferm und zu it, unse- manchen in kaum och die n. Der entgegen- Luft er- Gefisses unter- dlungen, hervor- ner viel Land- ch heute anderen Darum weil ihr Natio- ts Selu-

Sonderberatung ihren Plan aufgestellt. Ihr Sprecher wurde leider das Opfer einer Misifikation, indem er für den kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden der Gemeinde Leusich das Märchen aufzählen mußte, der Organisationsvertreter habe in einer Sitzung mit Betriebsrat und Gewerkschaftsvorstand Entlassungen von Arbeitern zugestimmt. Bei einigem Nachdenken mußte der Sprecher wissen, daß ein Organisationsvertreter überhaupt kein Recht hat, Entlassungen zuzustimmen. Die Dinge lagen so nach Meldung des Arbeiters Schumann von Leusich, daß der Betriebsrat schon wieder der Entlassung von 6 Arbeitern zugestimmt habe, nachdem zuvor mit seiner Zustimmung alle Frauen entlassen worden waren, verlangte unser Geschäftsführer von der Gemeinde die baldige Einberufung einer Sitzung des Betriebsrats mit dem Gemeindevorstand, an der er teilnehmen wolle. Es dürfe niemand entlassen werden, ehe nicht zu einer Arbeitsstärkung Stellung genommen worden ist. In der Sitzung wurde durch Prüfung des Protokolls, das die Unter- schriften zweier Betriebsratsmitglieder und des Gemeindevorstands trug, folgender Wortlaut festgestellt: Der Betriebsrat stimmt der Entlassung von 6 Arbeitern zu. Der Organisationsvertreter bewirkte, daß der Betriebsrat seine Zustimmung zurückzog und forderte ihn auf, Gegenunterlagen zu denen des Straßenmeisters zu bringen, daß Arbeit genug vorhanden sei, dann wäre die eventuelle Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß erfolgreich, zumal der Tarifvertrag dem Betriebsrat ein erheblich über das Betriebsräte- gesetz hinausgehendes Mitbestimmungsrecht sicherstelle. Der Betriebsrat hatte also sein Mitbestimmungsrecht gegen seine Arbeitskollegen angewandt und wollte nun den Verbandsvertreter als den Sündenbock hinstellen. Der demonstrative Beifall, der der sachlichen Darstellung des Verbandsvertreters folgte, belehrte die kommunistische Zelle, daß sie sich mit dieser Verleumdung einen Bären- dienst erwiesen hatte. Ein Antrag des Kollegen Berger fand mit großer Mehrheit Annahme. Er besagt, Mitglieder der Ortsverwal- tung können nur diejenigen Kollegen werden, die drei Jahre frei- gewerkschaftlich organisiert und mindestens ein Jahr Funktionär unseres Verbandes sind. Die Ratprüfung ergab, daß diese Bedin- gungen kein Mitglied der kommunistischen Partei erfüllte, die zur Ortsverwaltung vorgeschlagen waren. In der fortgesetzten General- versammlung am 21. Januar wurde das Wahlergebnis zum Orts- vorstand bekanntgegeben. Gewählt sind die Kollegin Siegel und die Kollegen Böhme Müller, Stadtmann, Leschnit, Münze, Kalweit, Höhrle, Schapik, Heibel, Bogler und Jakob. Kollege Blach wurde als erster Bevollmächtigter, Kollege Salomon als zweiter Bevollmächtigter und Kollege Hesse als Kassierer mit allen Stimmen gegen eine wiedergewählt. Zum Ortsrat der Faka- rinden, außer den Bevollmächtigten, die Kollegen Döcher und Fleischer gewählt. Ein vorliegendes Ortsstatut wurde einstimmig angenommen. Desgleichen fand ein Antrag Annahme, den streifen- den Metallarbeitern 1000 Mt. aus der Lokalkasse zu überweisen. Die von Kollegen Fleischer eingebrachte Resolution mit den be- kannten Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter fand mit Ausnahme des zweiten Punktes Annahme. Sie wird demgemäß dem Hauptvorstand überliefert. Einen ausführlichen Bericht gab Kollege Blach über die am 17. Januar mit dem Arbeitgeberver- band sächsischer Gemeinden in Dresden gepflogenen Lohnverhand- lungen. Wir haben i. d. das Ergebnis bereits in Nr. 4 der „Ge- werkschaft“, Sp. 87, berichtet.

**Bad Nauheim.** In der Generalversammlung am 9. Januar gab Kassiere R. Stamm den Kassienbericht. Die Einnahme betrug 417,63 Mt., an die Hauptkasse wurden gesandt 5100,26 Mt. Bestand der Filialkasse 6918,88 Mt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender R. Büttner, 2. Vorsitzender Worell, Kassierer R. Stamm III, Schriftführer R. Ewald.

**Offenbach am Main.** In der Generalversammlung am 14. Januar gab Kollege Schmecher den Geschäfts- und Kassienbericht. Der Lokalkassenbestand vom 4. Quartal 1920 betrug 16 749,60 Mt., die Mitgliederzahl 1604, hiervon 429 weiblich. An Krankenunter- stützung wurden im Laufe des Quartals 3203 Mt. ausbezahlt. Streikunterstützung 180 Mt. und Arbeitslosenunterstützung 465 Mt. Bis zum 31. Januar 1921 müssen restierende Beiträge beglichen sein, weil später die alten Marken an den Hauptvorstand abgeliefert werden. Beschlossen wurde, alle zwei Monate die Mitgliedsbücher zu kontrollieren. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Kollege Oberer, 2. Vorsitzender Dikel, 2. Kassierer Knaus, Schrift- führer Kemmer. Zum Schluß gab Kollege Hagen bekannt, daß noch 1000 Zentner Kartoffeln ankommen. Wer nun keine Kar- toffeln nicht vollständig erhält, bekommt das übrige Geld zurück.

**Bad Oeynhausen.** In der Generalversammlung am 22. Januar wurde zunächst die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Kollege Karl Schmidt lehnte wegen hohen Alters eine Wiederwahl zum ersten Vorsitzenden ab. Er übernahm aber das Amt des zweiten Vorsitzenden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Hannen- bauw gewählt. Gauleiter Bolm warf dann einen Rückblick auf die Kämpfe und Erfolge der Organisation im vergangenen Jahre, wobei er auch die Verdienste des alten Kollegen Schmidt hervor- hob, der für manchen jungen Kollegen ein Vorbild an Opferwillig- keit, Arbeitsfreude, Pflichterfüllung und Idealismus sei. Der Kassienbericht schließt mit einem Filialvermögen von 2936,61 Mt.

ab. Beschlossen wurde 1000 Mt. Anteil aus der Lokalkasse für das neugegründete „Nachrichtenblatt“ zu zeichnen.

**Obenturg.** In der Generalversammlung am 13. Januar gab Kollege Rabe den Jahresbericht. Er führte unter anderem aus, daß zurzeit der Filiale 10 Gruppen angeschlossen sind und daß für diese Gruppen im verfloßenen Jahre 12 Lohnbewegungen geführt werden mußten. 11 Lohnbewegungen seien von Erfolg und eine vollständig erfolglos gewesen. Der Kassenbestand hat sich mehr als verdoppelt. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vors. nder Wilhelm Rabe, 2. Vorsitzender Fritz Badewnt, Schriftführer H. Fischer, Kassierer Karl Krause. Beschlossen wurde, die monatlichen Ertragsbeiträge von 30 auf 60 Pf. zu erhöhen. Ferner wurde beschossen, die Wertgegenstände des Verbandes gegen Feuersgefahr bei der Volksfürsorge zu versichern.

**Oppeln.** In der Generalversammlung am 18. Januar 1921 er- stattete Kollege Pieziet den Kassenbericht vom 4. Quartal. Die Mitgliederzahl am 1. Januar 1921 betrug 65. Die Einnahme 1958,20 Mt. Der Hauptkasse wurden 1401,65 Mt. überwiesen. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Klappam, Vorsitzender, Schmolke, Kassierer, Schendzielora, Schriftführer. Am gleichen Tage fand eine Lohnverhandlung für die städtischen Arbeiter statt. Sie wurde zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Nur den Ofenhäusarbeitern wurde vorderhand das Kleider- und Handschuh- geld entzogen.

**Peine.** In der Generalversammlung am 16. Januar gab der Kassierer Hoppe die Abrechnung vom letzten Vierteljahr bekannt. Dieselbe schließt mit einer Einnahme von 7567,48 Mt. und einer Ausgabe von 3200,13 Mt. ab. An die Hauptkasse wurden gesandt 3386,98 Mt. Es bleibt ein Kassenbestand von 3176,70 Mt. Kollege Hener gab dann den Geschäftsbericht. Bei der Neuwahl der Ver- waltung wurde der 1. Vorsitzende und der 1. Kassierer wiedergewählt. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege W. Hoppe, als Schriftführer Kollege Kahlenberg bestimmt. Es wurde noch beschlossen, dem Kassierer 3 Proz. und den Unterkassierern 6 Proz. der Einnahme als Entschädigung zu zahlen. Die Adresse des 1. Vorsitzenden lautet: W. Hener, Winkel 12, II, des Kassierers August Hoppe, Boltdorfer- straße 46, II.

**Potsdam.** In der gut besuchten Generalversammlung am 20. Januar gab Kollege Scharnweber den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand hatte eine Zunahme von 305, so daß unsere Filiale 967 Mitglieder umfaßt. Der Kassenbestand beträgt 9208,40 Mt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender: Richard Scharnweber, Teltower Str. 19; Kassierer: Richard Gutliche, Lindenstr. 22; Schriftführer: Paul Ettel, Rowames, Mühlensstr. 4. Eine neue Lohnforderung von 150 Mt. Feuerzulage pro Kopf und Monat ab 1. Januar wurde auch diesmal vom Magistrat abgelehnt. Ein Schlichtungsausschuß, welcher darüber entscheiden sollte, kam ohne Unparteilichen zu keinem Resultat, so daß auch dies- mal wieder der Regierungspräsident sein Wort in die Waagschale legen muß. Hoffentlich zugunsten der Arbeiter.

**Radeburg.** Die städtischen Arbeiter waren bei der Ortsklassen- einteilung in Klasse C geraten. Da aber die Stadtgemeinde dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden nicht angehört, verjuchten die Kollegen einen höheren Lohn zu erlangen, was in Anbetracht der Nähe der Großstadt und da die Nachbargemeinden alle in Klasse B waren, berechtigt war. Zunächst wurde ein Uebergang versucht, indem die Arbeiter den Antrag stellten, die Wte zwischen C und B zu zahlen mit den Kinderzulagen. Der Bürgermeister persönlich stimmte unseren Forderungen zu, nur müßte er diese dem Ausschuß überweisen. Bis zur Tagung desselben bekamen wir auch den ge- forderten Stundenlohn, aber ohne Kinderzulagen. Der Ausschuß bewilligte uns aber 15 Pf. weniger Stundenlohn, und darauf bekamen wir auch den Abzug, den man uns für die zuviel gezahlten 15 Pf. machte. Das schlug dem Faß den Boden aus. Die Gau- leitung wurde beauftragt, den Schlichtungsausschuß anzurufen und dort die Klasse B zu verlangen. Der Bürgermeister, dem vorher Mitteilung gemacht wurde, lehnte weitere Verhandlungen ab. „Der Schlichtungsausschuß solle nur entscheiden.“ Am Tage vor besser Tagung fragte der Stadtrat bei uns an, ob es nicht zu umgehen sei, daß der Schlichtungsausschuß tage. Wir sagten: „Selbstverständ- lich, wenn unsere jetzt gestellten Forderungen voll und ganz bewilligt würden.“ Der Stadtrat erwiderte, er wolle uns den zuerst ge- forderten Lohn zahlen, die Kinderzulagen aber nur an die ständli- chen Arbeiter. Die anderen würden als Notstandsarbeiter betrachtet. Nun staune man: Arbeiter, welche schon über drei Jahre bei der Gemeinde beschäftigt sind, sind nun auf einmal Notstandsarbeiter. Wir brachen die Verhandlungen ab. Am 8. Dezember entschied der Ausschuß voll und ganz zugunsten unserer Forderungen. Dacht: wir nun, daß wir am Ziele waren, so hatten wir uns aber getäuscht. In etwa 6 Tagen wurden alle Gemeindeglieder in den Sitzungssaal des Rathauses geladen. Es wurde versucht, noch einmal mit uns zu verhandeln. Man wollte jetzt den als Notstandsarbeiter An- gesehen den vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Stundenlohn und keine Kinderzulage, den Ständli- chen aber 15 Pf. weniger und die Zulage geben, so daß also Arbeiter, welche schon über 10 Jahre hier beschäftigt sind, noch weniger bekommen sollten als alle anderen. Man gab uns zu verstehen, daß man in Zukunft nur Arbeiterlose

Arbeiter einstellen würde. Wir stellen uns auf den Standpunkt, daß Leute, welche jetzt eintreten, als Kostensarbeiter gelten sollten. Nach zweistündigem Verhandeln brachen wir die Sitzung ergebnislos ab. Nun wurde beschlossen, in den Streik einzutreten. Bei der Abstimmung waren alle Kollegen dafür. Der Glasarbeiterverband versprach Solidarität. Der Vorstand des Ortsausschusses wurde zur Ueberreichung des Streikbeschlusses mit hinzugezogen. Unter diesem Zwange gestand man wenigstens zu, den Stundenlohn zu zahlen. Von der Kinderzulage wollte der Stadtrat immer noch nichts wissen. Ehe wir weitere Schritte unternahmen, wollten wir erst abwarten, ob der Demobilisierungskommissar den Schiedspruch für verbindlich erklären würde. Da dies geschah, bequemte sich die Gemeinde endlich zur Zahlung. Es erhalten demnach nun Ungelernte 4,25 Mk., Angelernte 4,45 Mk., Handwerker 4,75 Mk., weibliche Arbeiter 2,70 Mk. und die Kinderzulagen von 40 und 50 Mk. monatlich. — In der Generalversammlung wurde der Gesamtvorstand wiedergewählt: Ufert, Vorsitzender, Thiemer, Kassierer, Wehner, Schriftführer. Der Jahresbericht erwähnte, daß 114 Mk. Krankengeld gezahlt wurden. Die Hauptkasse hat 1143,10 Mk. von den Beiträgen und 232 Mk. von den Einnahmen erhalten. In der Kassa hatten wir eine Einnahme von 938,21 Mk., eine Ausgabe von 508,08 Mk., so daß ein Bestand von 432,13 Mk. verbleibt. Die Mitgliederzahl betrug 24.

**Rendsburg.** Die Generalversammlung am 14. Januar nahm den Geschäfts- und Kassenbericht entgegen. Die Einnahme betrug 7500,49 Mk., die Ausgabe 2490,50 Mk., bleibt ein Kassenbestand der Filiale von 5009,99 Mk. Für die Hauptkasse wurden vereinnahmt 6360,57 Mk., verausgabt 1092,25 Mk., an die Hauptkasse gelangt 5268,32 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 484. Die alten Verbandsmitglieder wurden wiedergewählt.

**Roslad.** In der Mitgliederversammlung am 20. Januar gab Kollege Rader den Jahres- und Kassenbericht. Die Einnahme der Lokalkasse im 4. Quartal betrug 26 168,36 Mk., die der Hauptkasse 19 040,95 Mk. Die Ausgabe der Lokalkasse betrug 16 228,75 Mk., die der Hauptkasse 8340,50 Mk. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt: Lokalkasse 431,05 Mk., Hauptkasse 2090,25 Mk., Krankenunterstützung: Lokalkasse 354,70 Mk., Hauptkasse 1544,25 Mk., Sterbeunterstützung: Lokalkasse 80 Mk., Hauptkasse 160 Mk., an Streifenunterstützung für 8 Kollegen 2056 Mk. Außerdem wurde an die Arbeitslosen und Streikenden eine Weihnachtunterstützung, insgesamt 1720 Mk. gezahlt und Notfallunterstützung wurden 250 Mk. an 6 Kollegen gewährt. Der Mitgliederbestand hat sich im letzten Jahr auf 1259 erhöht. Die Verlosung beschloß, den am Metallarbeiterstreik beteiligten Kollegen eine Extraauszahlung zu gewähren und eine Extrasteuer von 2 Mk. zu erheben. Bis zum Abschluß der Sammlung sind den Kollegen 200 Mk. aus der Lokalkasse als Vorstoß zu zahlen. Des weiteren wurde von der Versammlung verlangt, daß baldigst der Tarif zum Abschluß komme, andernfalls soll eine besondere Versammlung sich mit weiteren Maßnahmen befassen. An die Stadtverordnetenversammlung soll ein Protestschreiben gerichtet werden, in dem Herr Stier aufgefordert wird, seine Behauptung zurückzunehmen.

**Saarbrücken.** In der Mitgliederversammlung am 13. Januar 1921 sprach Kollege Schönborn über: „Was uns noch fehlt“. Er schilderte die Rechte und Pflichten jedes Kollegen der Organisation gegenüber, forderte sie auf, nicht nur als Zahler zu gelten, sondern auch werbetätig mitzuarbeiten, jeder nach seinem Können. Dann führte Redner die Folgen des übermäßigen Genusses von Alkohol vor Augen und warnte alle, damit sich der Arbeiter nicht sein höchstes Gut, die Gesundheit, selbst untergräbt. Zum Schluß forderte Redner alle nochmals auf, mitzuhelfen, damit die neue Filiale Saarbrücken blühe und gedeihe.

**Stargard.** In der gut besuchten Generalversammlung am 7. Februar gab Kollege Hagemann den Jahresbericht. Bei der Vorstandswahl wurden zum 1. Vorsitzenden P. Hagemann, zum 2. Vorsitzenden E. Reese, als Kassierer W. Dücker, als Schriftführer W. Berndt wiedergewählt. Als Unterkassierer meldeten sich vier Kollegen freiwillig.

**Wittenberg.** Die Generalversammlung am 7. Januar nahm den Jahresbericht entgegen. In den Filialvorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Mude, als 2. Vorsitzender Buchheim, als Kassierer Köstken, als Schriftführer Arnold. Den Kassenbericht gab Kollege Buchheim, den Bericht über die Lohnverhandlungen Kollege Mude. Es wurde eine Zulage von durchschnittlich 60 Pf. pro Stunde herausgeholt. Gefordert war 1 Mk. Der Höchstlohn beträgt jetzt 5 Mk.

**Zittau.** In der Generalversammlung am 9. Januar gab Kollege Fränzel den Jahresbericht. Der Kassenbericht des Kollegen Brodau wies eine Einnahme von 13 687,67 Mk. und eine Ausgabe von 3820,88 Mk. auf. Der Kassenbestand beträgt 1866,59 Mk. Gewählt wurden: Kollege Fränzel 1. Vorsitzender, Conrad 2. Vorsitzender, Brodau Kassierer, Anders Schriftführer. Bei den Vorschlägen zu einem Maschinistenkassierer für Oberwitz kam zur Sprache, daß die Kollegen sich nicht dazu verstehen können, diesen Posten anzunehmen, weil Reolerförker Müller geküfert haben soll, er werde die Organisierten schon nach und nach aus der Arbeit bringen. Anstatt das der Filialleitung zu melden, laufen die Kollegen davon. Schritte gegen jenen Herrn sind schon im

Gange. Gauleiter Treibler berichtete dann von der letzten Sitzung der Tarifkommission.

**Zwickau.** In der Generalversammlung am 21. Januar gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Hierauf kam der Kassenbericht zum Vortrag. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die Kollegen Horbach und Franke als Vorsitzende, Gerber als Kassierer und Fischer als Schriftführer bestimmt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresluß 655.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Gegen die kommunistischen Gewerkschaftszersplitterer haben mehrere Gewerkschaften scharfe Maßnahmen getroffen. Der Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes setzte während seiner Tagung vom 13. bis 15. Januar folgenden Beschluß:

Der erweiterte Beirat weist auf die wachsende Macht des kapitalistischen Unternehmertums und der Reaktion hin, die um so mehr steigt, als die Arbeiterklasse sich zersplitert und ihre Organisation schwächt. Die Befolgung der von der kommunistischen Internationale geforderten Tätigkeit in den Gewerkschaften führt zur Lähmung der Strohkraft und Aktionsfähigkeit der Organisation, die Verschlimpfung und Bekämpfung der eigenen Gewerkschaften mit eiserner Konsequenz zur Spaltung derselben. Der solche Schwächung und Zerschlagung unseres Verbandes betreibt, erschwert den ohnehin erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus und ist deshalb als Schädigung des Verbandes zu behandeln. Der erweiterte Beirat, der sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in schärfster Weise verurteilt, fordert deshalb vom Vorstand, daß er gegen Mitglieder, welche eine derartige, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder schädigende Tätigkeit ausübt, mit allen formtariflich zulässigen Mitteln vorgeht. Er erklärt ausdrücklich, daß der Verband seine Aufgabe nur erfüllen kann, wenn er volle Selbstständigkeit besitzt für seine Organe und Funktionäre, das Satut und die Beschlüsse des Verbandstages allein bestimmend sind. Funktionär kann nicht sein, wer seine Arbeit im Verband von der Befolgung außerhalb des Verbandes lebender Personen oder Stellen abhängig macht.

Der Bergarbeiterverband faßte ähnliche Beschlüsse. Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes hat die bekannten drei Chemnitzer Kommunisten Hedert, Brandler und Bachmann aus dem Verbandsausgessen ausgeschlossen. Der Verbandsvorstand sagt darüber im „Grundstein“ u. a.:

Fritz Hedert und Heinrich Brandler sind als Redakteur oder Sekretäre in der kommunistischen Zentrale tätig und betreiben die Organisation von kommunistischen Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften, um diese „reif“ zu machen zum Anfall an die Moskauer Internationale. Würde diese Tätigkeit auch nur einen Teilerfolg erzielen, so wäre er verbunden mit dem gefährlichen Versuch, ja mit der Zerrüttung der deutschen Gewerkschaften, der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung. Die kommunistische Zentrale in Berlin will als Unterabteilung eine gewerkschaftliche Zentrale gründen; sie gibt jetzt schon eine gewerkschaftliche Zeitung heraus, deren Redakteur Fritz Hedert ist. Die Mitglieder der kommunistischen Partei sind befehlsmäßig verpflichtet, diese Zeitung an die Mitglieder der Gewerkschaften zu vertreiben, dort Abonnenten zu werben. In allen Gewerkschaftsvereinen sollen Vertrauensmänner ernannt werden, die die Verbindung mit der kommunistischen Gewerkschaftszentrale herstellen und aufrechterhalten. In den Vereinen sollen kommunistische Fraktionen gegründet werden, die nach Befehlen von Moskau-Berlin zu handeln haben.

... Von zwei Seiten ist zu einer Konferenz kommunistischer gesinnter Bauarbeiter aufgerufen worden. Der eine Aufruf geht unterm 4. Januar 1921 von Chemnitz, von Otto Bachmann, dem Moskauer Sekretär (als Vorsitzender der Chemnitzer Filiale des Bauarbeiterverbandes, D. R.) aus. Er wendet sich nur an Vereine des Bauarbeiterverbandes.

Darin heißt es u. a.:

Werte Genossen und Kollegen! Auf Antrag einer Reihe oppositionell gesinnter Kollegen aus den verschiedensten Orten habe ich es übernommen, für Sonntag, den 30. Januar, nach Halle, Volkspark, vormittags 9 Uhr, eine Konferenz der Vertreter der kommunistischen Fraktionen in den einzelnen Bezirken- und Zweigvereinen einzuberufen. Wir bitten Dich deshalb, dafür Sorge zu tragen, daß mindestens ein Vertreter aus Eurem Verein an dieser Konferenz teilnimmt. Es wird deshalb Deine Aufgabe sein, in Eurem Verein alle Kollegen, die aus dem Boden der Vereinskassen kommunistischen Partei stehen, zusammenzurufen und sie zu veranlassen, einen Delegierten nach Halle zu entsenden. Es besteht zwar die Möglichkeit, daß die Fahrgelder von der Gewerkschaftszentrale der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands gedeckt werden können. Immerhin kann das bestimmte Versprechen heute noch nicht gegeben werden. Du müßtest deshalb zugleich dafür sorgen, daß die Kosten der Delegation in Eurem Verein aufgebracht werden, eventuell durch Sammlungen bei den Mitgliedern der kommunistischen Partei. Als Tagesordnung schlage ich vor: 1. Bericht über den Stand der oppositionellen Bewegung im Bauarbeiterverband. 2. Die Dritte Internationale. 3. Gründung einer Reichsfraktion der R.P.D.-Mitglieder im Bauarbeiterverband. 4. Wahl eines Vertreters für den Beirat zur kommunistischen Gewerkschaftszentrale. 5. Vorbereitung der Gründung eines Oppositionsblattes. 6. Wahl eines Vertreters zum ersten internationalen Gewerkschaftskongress. 7. Verschiedenes. — Remembern will ich noch, daß an dieser Konferenz der Kollege Hedert ab-

haben  
e i t a t  
wäh-  
lich  
galt,  
als  
die  
keit  
sahlig-  
Ge-  
er  
den  
als  
der  
und  
die  
ver-  
welche  
schäb-  
vorneht.  
en kann,  
tionäre,  
nd sind.  
e Ber-  
and e s  
cht.  
schlüsse.  
kannten  
B a c h  
ndsvor-  
Zetrate  
ung von  
ie „reif“  
de diese  
den mit  
Gewerks-  
den-  
zentrale  
s. deren  
Partei  
der Ge-  
ellen Ge-  
die die  
ellen und  
onen ge-  
nen haben.  
n h i t i c h e  
e Aufruf  
e a n n .  
des Bau-  
reine des  
positionell  
genommen,  
s 9 Uhr,  
einzelnen  
ab, dafür  
Berein an  
e sein, in  
ten Kom-  
fen, einen  
Möglichkeit,  
den Kom-  
erbin kann  
zu müßte  
in Curen  
den Mü-  
sch vor  
arbeit-  
straktion  
Vertreter  
Vereinerung  
reters zum  
— Re-  
deckt aber

Brandier teilnehmen wird, welcher noch nicht endgültig festzustellen. Jedenfalls wird ein Vertreter der Gewerkschaftszentrale anwesend sein.

Einen ähnlichen Aufruf hatte Leichenmüller in der „Roten Fahne“ erlassen. Daraus geht hervor, daß hier im Bauarbeiterverband ein ähnliches Spiel getrieben werden soll, als in unserer Filiale Halle, das dann natürlicherweise auf alle anderen Gewerkschaften übergriffen dürfte, deshalb kam der Bauarbeiterverband zum oben angeführten Beschluß. — Der Eisenbahnerverband, der gerade in der letzten Zeit seiner schwierigen Verhandlungen mit den Reichsbehörden um Erhöhung der Löhne und Gehälter für seine Mitglieder schwer um den Quertreibereien der Kommunisten zu leiden hatte, kündigte ähnliche Maßnahmen wie der Bauarbeiterverband an. Darüber machen natürlich die kommunistischen Blätter großes Getöse, und die Zentrale der V.K.V.D. läßt ein von bekannten Schatzwörtern geprägtes hysterisches Getöse los, in dem sie nach der Spitzbubenmanier: „Halte den Dieb!“ schreit: Die Gewerkschaftsbeauftragte will die Gewerkschaften spalten! Für die Einheitsfront des Proletariats!“ ruft sie die Arbeiter auf. Nach den Vor- gängen in Halle und dem vorstehend abgedruckten Dokument weiß jeder Arbeiter, was er davon zu halten hat.

Die Reichsvertretertagung des A.F.A.-Bundes am 22. Januar in Berlin nahm zu dem Konflikt mit dem Vorstand des Deutschen Wertmeister-Verbandes und einer Reihe wichtiger sozialpolitischer Probleme Stellung. (Der Wertmeister-Verband ist gegen den Anschluß des A.F.A.-Bundes an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und hält sich deshalb von der Mitarbeit im A.F.A.-Bund fern. D. A.) Neben den Delegierten der angeschlossenen Verbände, die mit Ausnahme des Deutschen Wertmeister-Verbandes selbst vertreten waren, wohnten der Tagung einige von den örtlichen Bezugsvereinen des Wertmeister-Verbandes und den Ortsstellen des A.F.A.-Bundes entsandene Vertreter als Gäste bei. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch seine Vorstandsmitglieder Adolf Cohen und Knoll vertreten. In dem einleitenden Bericht behandelte Ingenieur Otto Schwegler die Streitpunkte, die sich auf die Fragen des Anschlusses an den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdamer), der Sozialisierung des Kohlenbergbaus, der Frage der Stellung zur Zentralarbeitsgemeinschaft und der Fachgruppenbildung in den A.F.A.-Verbänden beziehen. Die vom Berichterstatter unterbreitete Entschließung, in der die Stellungnahme des A.F.A.-Bundes zu diesen Fragen festgelegt wird, fand die einstimmige Zustimmung der Reichsvertretertagung. Der A.F.A.-Vorstand wurde beauftragt, den Vorstand des Deutschen Wertmeister-Verbandes von diesen Feststellungen zu benachrichtigen. Die Beschließung über Satzungen und Programm der A.F.A. wurde ausgelegt, um die Vorlagen dem Vorstand des Wertmeister-Verbandes als Verhandlungsgrundlagen für eine Verständigung zu übermitteln. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die am 22. Januar 1921 tagende Vertretertagung des A.F.A.-Bundes hat mit Bedauern fest, daß der Vorstand des Deutschen Wertmeister-Verbandes sich bisher allen von A.F.A.-Vorstand unternommenen Versuchen, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in einer Aussprache zu behandeln, dauernd ablehnend gegenübergestellt hat. Da der Vorstand des Deutschen Wertmeister-Verbandes auch zu der heutigen Sitzung seine Vertreter entsandt hat, war die Vertretertagung gezwungen, sich ohne seine Mitwirkung mit dem Ergebnis der Beratungen der Satzungscommission und den von ihm gestellten Anträgen zu beschäftigen. Sie beauftragt den Vorstand des A.F.A.-Bundes, dem Vorstand des Deutschen Wertmeister-Verbandes von ihren Beschlüssen umgeben Kenntnis zu geben und erbat den Vorstand des Deutschen Wertmeister-Verbandes, in seiner Sitzung Anfang Februar zu diesen Beschlüssen Stellung zu nehmen und dem Vorstand des A.F.A.-Bundes mitzuteilen, ob er bereit ist, seine Mitarbeit im A.F.A.-Bund wieder aufzunehmen.

Adolf Cohen gab die Erklärung ab, daß der Vorstand des A.F.A.-Bundes den Vorständen des A.F.A.-Bundes und des Wertmeister-Verbandes eine Einigungsverhandlung unter dem Vorhitz des Vorstandes des A.F.A.-Bundes anbietet werde. Die Neuwahlen zum A.F.A.-Vorstand ergaben: Urban, Süß (Zentralverband der Angestellten), Aufhäuser (Bund der technischen Angestellten und Beamten), Riedel (Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen), Dr. Pfirrrmann (Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverwes), Marx (Allgemeiner Verband der Deutschen Bauangestellten). Für den Deutschen Wertmeister-Verband wurde ein Einm. im Vorstand freigehalten. — Die Vertretertagung befaßte sich weiterhin mit folgenden Fragen: Sozialisierung des Wohnungswesens, Schaffung einer Arbeiterakademie in Frankfurt a. M., Arbeitererziehungsinstitute deutscher Gewerkschaften, Offener Brief der kommunistischen Partei an die Gewerkschaften, Aufnahmeentwürfe und Seaffung eines A.F.A.-Bundes. Zur Sozialisierung des Bergbaus wurde folgende Rundgebung beschlossen:

Die am 22. Januar tagende Reichsvertretertagung des A.F.A.-Bundes beauftragt die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erlassene Rundgebung zur Sozialisierung des Bergbaus und stellt sich auf den Boden der vom A.F.A.-Bund herabgegebenen Richtlinien. Die Vertretertagung beauftragt den A.F.A.-Vorstand in der weiteren Sozialisierungsbewegung enge Fühlung mit dem A.F.A. zu behalten, um in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes das solidarische Vorgehen der gesamten freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmererschaft zu sichern.

### Internationale Rundschau

Großbritannien. Der Durchschnittsstand der Arbeitslosen in den britischen Gewerkschaften betrug im Jahre 1920 2,4 Proz.; er war gleich hoch wie im Vorjahre. Während aber Ende 1919 nur 3,2 Proz. der Mitglieder der berichtenden Gewerkschaften arbeitslos waren, ergab sich Ende 1920 ein Arbeitslosenstand von 6,1 Proz., der im Laufe des Januar 1921 noch weiter auf mehr wie 10 Proz. stieg. Ueberdies arbeiten jetzt viele organisierte wie unorganisierte Arbeiter verkürzte Zeit. Eine Folge davon ist, daß trotz der im Jahre 1920 erzielten Lohnerhöhungen die tatsächlichen Arbeitsverdienste erheblich hinter jenen von Ende 1919 zurückbleiben. Insgesamt wurden im Jahre 1920 vom Arbeitsministerium Lohnbewegungen mit 7.600.000 beteiligten Arbeitern festgestellt. Die Summe der Lohnzuschläge, welche diese erlangten, machte in der Woche 4.693.000 Pfund Sterling aus. Auf jede Person kam eine wöchentliche Lohnsteigerung von 12% Schilling. In den zumeist von Gemeinden und Bezirksbehörden betriebenen Unternehmungen der Wasser- und Lichtversorgung, im Straßenerhaltung- und Sanitätsdienst usw., waren im letzten Jahre 350.000 Personen an Lohnbewegungen beteiligt; sie erzielten eine Erhöhung der Wochenlohnsomme um 150.000 Pfund Sterling. Zahlenmäßig nicht festzustellen ist der Umfang der Lohnerhöhungen der Staats- und Gemeinbediensteten, die nicht in wirtschaftlichen Betrieben, sondern in Ämtern beschäftigt sind. Für die ständigen Angestellten der Regierung wurde ein Gleitlohnsystem eingeführt, so zwar, daß sie Teuerungszuschläge erhalten, die der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung entsprechen. Zahlreiche Gemeinden bedürfen haben dasselbe Lohnsystem ebenfalls übernommen. Verkürzungen der Arbeitszeit setzten 1920 in allen Wirtschaftszweigen 560.000 Arbeiter durch (verglichen mit 6% Millionen 1919); die Arbeitszeitverkürzungen machten zusammen 2.085.000 Wochenstunden aus. In der Wasser- und Lichtversorgung, im Straßenerhaltung- und Sanitätsdienst waren 1920 an Arbeitszeitverkürzungen 22.000 Personen beteiligt (1919 163.000), deren Arbeitsdauer um 69.000 Stunden in der Woche (etwa 3/4 Stunden pro Arbeiter und Tag) verkürzt wurde. — Die Zahl der Arbeitslosen in 1919 nahm von 1.413 in 1919 auf 1.715 in 1920 zu, die Zahl der Beteiligten ging aber von 2.575.000 in 1919 auf 1.932.000 in 1920 zurück und die Zahl der verlorenen Arbeitstage sank von 34 Millionen in 1919 auf 27 Millionen in 1920. Auf den großen Kohlenarbeiterstreik allein kamen etwa 1.100.000 teilnehmende Arbeiter. In Behördenbetrieben kamen 1919 99 Streiks mit 21.000 Teilnehmern vor, 1920 126 Streiks mit 28.000 Teilnehmern. Die Zahl der durch Streiks in diesen Betrieben verlorengegangenen Arbeitstage war 1919 und 1920 je etwa eine Viertelmillion. In den meisten Wirtschaftszweigen bestehen Schlichtungs- und Schiedsaussschüsse der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, doch ist die Anrufung dieser Ausschüsse nur in wenigen Fällen zur Pflicht gemacht. Auch ein Reichsgewerbegericht ist vorhanden. Die Mitglieder der Nahrungsmittelpreise sind im Januar 1920 um 136 Proz. und im Dezember um 182 Proz. über der Ziffer vom Juli 1914. Im Januar 1921 ging die Teuerungsziffer auf 178 Proz. zurück. Bei Einbeziehung von Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung ergibt sich vom Juli 1914 bis zum Januar 1921 eine Verteuerung um 165 Proz. Von den Nahrungsmitteln weist Zucker die verhältnismäßig bedeutendste Steigerung auf, nämlich 375 Proz. Frische Eier folgen zunächst mit einer Steigerung von 359 Proz. und Milch mit 202 Proz.; ein Liter Milch kostet durchschnittlich 10 Pence, das entspricht gegenwärtig im Wert etwa ebensoviel Mark. Das Pfund Mehl läßt bei Berücksichtigung des Markturkes zu Ende Januar 1921 auf etwa 3 1/2 Mk. zu sehen, das Pfund Kartoffeln auf 1,80 Mk., das Pfund frisches Rindfleisch auf etwa 16—22 Mk. Allerdings würden bei solcher Umrechnung auch die Wochenlöhne der Gemeindegewerksarbeiter zumeist 800 bis 1000 Mk. ausmachen.

Tschechoslowakei. Die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen wurde durch die Gründung der tschechoslowakischen Republik sowie infolge der natürlichen Lösung der Verbände von Wien resp. Budapest sehr beschleunigt. Während im Jahre 1918 in der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung 161.247 Mitglieder organisiert waren, betrug die Mitgliederzahl dieser Gewerkschaftszentrale Ende 1919 bereits 727.035. Die stärksten Verbände im Jahre 1919 waren: der Landarbeiterverband mit 179.650 Mitgliedern, die Metallarbeiter 116.897, Chemische Industrie 77.887, Bergarbeiter 65.197, Eisenbahner 55.470, Textilarbeiter 40.816. Das Gesamtergebnis der Verbände ist in wenigen Jahren von 3 auf 12 Millionen Kronen gestiegen. Von den Ausgaben entfallen 14 Proz. auf Unterstützungen und 24 Proz. auf kulturelle Zwecke. Von den seitens der Verbände herausgegebenen Zeitschriften waren 35 in tschechischer, 4 in slowakischer, 8 in deutscher und eine in magyarischer Sprache. Die tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung abt selbst außer einer tschechischen und einer slowakischen Zeitschrift ein deutsches Organ („Gewerkschaftsblatt“) und ein magyarisches Blatt heraus. Die Unternehmer rüsten sich zu einem gemeinsamen Ansturm auf die Arbeiterorganisationen. Der Unternehmerverband fordert jetzt die Vorlage sämtlicher Arbeitsverträge beauf-

Revision und hat einen „Befehl“ an seine Mitglieder erlassen, in welchem es heißt: „Mit den Vertretern der Arbeiterschaft ist erst nach gründlicher Vorbereitung, nie aber auf Grund der Anträge und Forderungen der Arbeiter zu verhandeln.“ Interessant dabei ist, daß die Unternehmer national geeint vorgehen, da in dem Industrienverband sowohl tschechische als auch deutsche Fabrikanten organisiert sind. In letzter Zeit hat sich auch das Finanzkapital geeinigt. Die deutschen Banken sind in den tschechischen Bankenverband eingetreten. Es ist zu wünschen, daß gegenüber dieser einheitlichen Kampffront des Kapitals auch eine proletarische Einheitsfront in der Tschechoslowakei geschaffen wird.

**Rundschau**

Von innen heraus. Jedes technische Wunder und jedes architektonische Werk, alles Große und Herrliche, das ward, es hat den geheimnisvollen Quell seines Werdens im menschlichen Hirn. Aus diesem kleinen etwas quillt das Erhabene, und je größer und tiefer und weiter und umfassender es zu begreifen vermag, um so wunderbarer wird das Werk als das Produkt des Hirns. So ist es auch mit dem Schaffen eines neuen Gebäudes des Zusammenseins. Je erhabener wir es erdenken, um so höhervoller wird es. Je tiefer wir es in uns erleben, um so reicher wird es an Seele und Menschentum. Und darum schafft nicht der kügelnbe Verstand das Neue und nicht das Schlagwort. Nur aus dem Herzen heraus wird das Neue geboren. Von innen heraus quillt das Bessere. Aus der Seele des Proletariats heraus erwächst die Zukunft. Aus der Seele des proletarischen Volkes erblüht die neue Zeit. Und darum ist der Mensch um so mehr ein Träger dieses Neuen, je mehr er dieses Neue sehnd in sich trägt, je näher sein Herz diesem Neuen ist, je größer seine Begeisterung. Die Begeisterung für das Neue Sittliche, für Liebe, Friede, Brudertum, die Begeisterung für dieses Erhabene, das zu erfassen möglich ist, sie ist der edelste Wert, den die Natur werden ließ. Wer sich begeistern kann für dieses höchste, Edelste, der hat auch Bruderküßchen in sich, der hat auch schon heute in sich den Hauch des werdenden All-eins-Gefühls. Begeisterung ist das Charakteristikum des neuen Menschen, denn Begeisterung ist Liebe. Wer nur von Schlagworten her das Ziel seines Kampfes kennt, der kann diese Begeisterung nicht haben. Je tiefer der proletarische Mensch eindringt in die stittliche Liebe seiner Idee, um so mehr zieht er seine Seele mit sich, um so mehr fühlt er seine Idee, um so mehr geht sein ganzes Herz frohlockend auf in diesen wunderbaren Schönheiten der Tiefe. Und so wird mit dieser Begeisterung immer größer die Liebe in seiner Brust und immer mehr wächst der Proletarier hinein in das Neue und das Neue heraus aus dem Proletariat. Mensch sein, heißt Liebe haben, und die Begeisterung von Tausenden und aber Tausenden von proletarischen Herzen ist die sichere Bürgschaft für der Liebe Sieg.

Zur Abstimmung in Oberschlesien. Ich wünsche von Herzen, daß Oberschlesien deutsch bleibt, weil die deutsche Republik diesen Landesteil mit seinen Menschen und Bodenschätzen gebraucht, wenn sie lebensfähig bleiben soll. Ich bin auch überzeugt, daß Oberschlesien sich nur im Verbands des deutschen Freistaates entwickeln kann, daß ihm nur hier die volle wirtschaftliche und politische Entfaltung möglich ist, daß es dagegen im polnischen Reiche ein Fremdkörper bleiben würde. Die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland würde auch ständige Kriegsgefahr bedeuten. So wie die deutsche Annexion Elsaß-Lothringens zu einer Quelle unersättlichen Hasses zwischen Frankreich und Deutschland wurde, aus welcher der Weltkrieg und der Versailler Friedensvertrag zu einem erheblichen Teil ihre Nahrung empfangen, so würde durch die Zerschmetterung Oberschlesiens eine Feindschaft gegen die Polen erwachsen, die in der ober-schlesischen Bevölkerung selbst den fruchtbarsten Boden fände. Der letzte Krieg hat uns aber — und mit uns die ganzen beteiligten Völker — in ein so unermessliches Elend geführt, daß der Gedanke an neue Kriegsmöglichkeiten unerträglich ist. — Nur wenn die ober-schlesische Bevölkerung ganz unbeeinträchtigt und unbehindert für die Zugehörigkeit der Heimat entscheiden kann, ist diese Gefahr beseitigt. Darum wünsche ich im Interesse der deutschen Republik und Oberschlesiens und darüber hinaus im Interesse der ganzen Menschheit, daß Oberschlesien deutsch bleibt.

Unsere Agitationsmethoden beim christlichen Gemeindearbeiterverband. Aus verschiedenen Filialen wie Bonn, Coblenz, Augsburg usw. gehen uns Klagen aus den Mitgliederkreisen zu, wonach die Christlichen auf Kosten unserer Erfolge und unseres

Verbandes Agitation treiben. Im Rheinland besonders wird den Gemeindearbeitern erzählt, daß die letzte Lohnerhöhung einzig und allein dem christlichen Verbände zu verdanken sei, denn bei den Verhandlungen hätten die Vertreter unseres Verbandes viel niedrigere Forderungen gestellt als die christlichen. Wir sind überzeugt, daß bei unseren Verbandkollegen solche glatt erfundenen Märchen keinen Glauben finden. Auf die unorganisierten Gemeindearbeiter aber wirkt dieser Unfug vergiftend, weil sie für eine Organisation eingespargen werden, die nicht führend bei unseren Lohnkämpfen auftritt, wie sie sich den Anschein gibt, sondern sich im Schlepptau unseres Verbandes befindet. In Coblenz und Augsburg wendet man noch ein anderes Mittel an. Um uns die Mitglieder wegzuschneiden wird die christliche Organisation für niedrigere Preise verhört, als es die offiziellen Beiträge vorschreiben. Unsere Höchstbeiträge betragen 2,50 Mk., dazu erheben die Filialen Augsburg und Coblenz 50 Pf. Ortszuschlag. Der Höchstbeitrag des christlichen Gemeindearbeiterverbandes beträgt 2,80 Mk., wozu dessen Filiale Augsburg 20 Pf. Ortszuschlag vorschreibt. Die Beiträge betragen also in beiden Fällen 3.— Mk. Die christlichen Filialen Augsburg und Coblenz erheben aber entgegen dem Beschluß ihrer Organisation nur 2.— Mk. Wir richten nunmehr an den Zentralvorstand des christlichen Gemeindearbeiter- und Straßenbahnerverbandes die Frage, ob er diese Agitationsweise gutbilligt?

Arbeiterräte in den Oberförstereien. Der preussische Landwirtschaftsminister hat eine neue Verfügung erlassen, in der er unter Hinweis auf seine früheren Verfügungen fordert, daß möglichst in jeder Oberförsterei ein Betriebsrat oder Betriebsobmann gewählt werden muß. Der Begriff der zu den Wahlen zu den Betriebsräten oder Betriebsobmännern zugelassenen „ständigen Arbeiter“ soll möglichst weit gefaßt werden. Da in zahlreichen Oberförstereien die früheren Anweisungen immer noch zu eng auszulegen werden, hat der Minister bestimmt, daß im Staatsforstbetriebe zur Klasse der ständigen Arbeitnehmer in sämtlichen Waldarbeiterwohnungen untergeordnetes Forstarbeiter, ferner Facharbeiter, die sonstigen, den festen Stamm bildenden und die in regelmäßiger Wiederkehr zu längerer Beschäftigung eingestellten Waldarbeiter zu zählen sind. Auch die nur regelmäßig alle Winter wiederkehrend beschäftigten Arbeiterkraft soll wahlberechtigt sein. Nicht zu berücksichtigen sind allein die nur für kurze Zeit angenommenen Gelegenheitsarbeiter. Unter diesen Vorbedingungen sind fast in sämtlichen Oberförstereien die Voraussetzungen für die Einrichtung der gesetzlichen Betriebsvertretung vorhanden.

**Verbandsteil**

**Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.**

Der festgesetzte Termin (20. Januar 1921) für die Einfindung des Fragebogens über die Organisationszugehörigkeit ist verstrichen. Alle Filialen, die den ausgefüllten Fragebogen an die Hauptverwaltung noch nicht eingesandt haben, werden ersucht, ungefüllt ihrer Pflicht nachzukommen.

Der Verbandsvorstand.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Wirtschaftliches Arbeitnehmer Taschenbuch. Herausgegeben durch ein Kollektiv von Arbeitern, Angestellten, Praktikern, Wissenschaftlern aller Gewerkschaften und Parteien. Band 1. Volkswirtschaft für Wirtschaft und Verkehr. 1921. Preis gebunden im Taschenformat 9 Mk.

Wenn wir, im öffentlichen Leben lebend, aufklärend und belehrend wirken müssen, so können wir in vielen Fällen nicht alle an uns gestellte Fragen so beantworten, wie es die Fragesteller zu wissen wünschen. Besonders in der Kleinarbeit bringt es der persönliche Verkehr mit sich, daß kleine Fragen gestellt werden. Die richtige Antwort erhöht die Wirkung der Agitationsarbeit. In seiner bedeutenden Form ist dieses Taschenbuch geeignet, als guter Ratgeber jederzeit zur Verfügung haben zu können. Wenn wir aus dem Inhalt nur einige Themen nennen, so erkennen wir die vielseitige Verwendbarkeit des Buches. Gutes Vorkurs- und Informationsmaterial enthalten folgende Aufsätze: Ein und zwei in Europa; Die Verfassung des Deutschen Reiches; Der Friedensvertrag von Versailles; Die deutschen Finanzen einst und jetzt; Aus dem Inhalt der Ziemerleiters Einkommenssteuerabgaben, Einkommensteuern; Nachträge für Auswanderer; Lohnmassnahmen; Kartelle; Frakt; Arbeiter- und Arbeiterinnenorganisation; Willkürsystem und Shop Stewards; Deutsche Parteien; Nachträge für Arbeiter; Massnahmen; Beschäftigungsrecht; Arbeitsrecht; Lohnmassnahmen; Einkommensteuern; Einkommensteuern; Einkommensteuern. — Bei Zusammenfassung dieses Wertes wurde man sich vorher an den Verlag.

Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Von Otto Hue. Verlag „Vorwärts“, Berlin SW. 68. Preis 1 Mk.

Wir demonstrieren. Fünf Lieder für Massengesang. Preis 50 Pf. Verlag „Freiheit“.